



Bewegt die Krise?

EU-Binnenmigration und wirtschaftliche Disparitäten in Europa

Vorwort: Zu diesem Dossier

Das vorliegende Kurzdossier gilt der Binnenmigration in der Europäischen Union (EU). Im Vordergrund steht neben einem Rückblick auf das Migrationsgeschehen nach den beiden Erweiterungen der Jahre 2004 und 2007 die Entwicklung der innereuropäischen Mobilität vor dem Hintergrund der globalen Wirtschafts- und der europäischen Staatsschuldenkrise. Die einzelnen Artikel konzentrieren sich dabei vorrangig auf die Mobilität von Unionsbürgern, die sich auf das EU-Freizügigkeitsrecht berufen können.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Beobachtung einer wiederauflebenden Tendenz innereuropäischer Süd-Nord-Wanderungen. Herkunfts- und Zielländer dieser Bewegungen werden in Form von kurzen Länderartikeln zueinander in Beziehung gesetzt. Ziel des Dossiers ist es, Schlaglichter auf verschiedene Facetten der aktuellen Binnenwanderungsgeschehens in der EU zu werfen und Anhaltspunkte für eine weiterführende Auseinandersetzung mit diesem Thema zu bieten.

Inhalt

Vera Hanewinkel:
EU-Binnenmigration vor und während der Wirtschafts- und Finanzkrise – ein Überblick

Lisa Breford:
Kurz skizziert: Ost-West-Migration nach der EU-Erweiterung

Lisa Breford: Irland

Lisa Breford: Vereinigtes Königreich

Süd-Nord-Migration in Portraits:

Beatriz González-Martín: Spanien

Feline Engling Cardoso: Portugal

Feline Engling Cardoso: Griechenland

Feline Engling Cardoso: Italien

Marcus Engler/Vera Hanewinkel:
Die aktuelle Entwicklung der Zuwanderung nach Deutschland

EU-Binnenmigration vor und während der Wirtschafts- und Finanzkrise – ein Überblick

von Vera Hanewinkel

Einleitung: Migration in der EU

Das Prinzip der Arbeitnehmerfreizügigkeit gehört zu den vier Grundfreiheiten in der Europäischen Union (EU). Demnach hat jeder Bürger eines EU-Mitgliedslandes das Recht, in einem anderen Mitgliedstaat zu leben und zu arbeiten.¹ Die 1992 durch den Vertrag von Maastricht eingeführte Unionsbürgerschaft² sichert ihm dabei weitergehende Rechte zu. So müssen Unionsbürger beispielsweise bei der Besetzung von Stellen wie Inländer behandelt werden (keine Vorrangprüfung). Darüber hinaus dürfen sie im Aufnahmeland an den Kommunalwahlen teilnehmen, sie verfügen also über das Recht auf politische Partizipation.

Dennoch haben diese mobilitäts erleichternden Bestimmungen nicht zu einem sehr hohen Mobilitätsaufkommen innerhalb der Europäischen Union geführt. Nur etwa zwei Prozent der Unionsbürger leben und arbeiten in einem anderen EU-Mitgliedsland. Dieser Wert ist seit etwa 30 Jahren stabil geblieben. Daran hat auch die EU-Osterweiterung nur wenig geändert.

Abkürzungen – Was verbirgt sich dahinter?

EU-15: alle Staaten, die vor der Erweiterung 2004 zur EU gehörten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien

EU-10: alle Staaten, die 2004 der EU beitraten: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern

EU-8: alle EU-10-Staaten außer Malta und Zypern

EU-2: Bulgarien und Rumänien (Beitritt: 2007)

EU-12: EU-10 + EU-2

EU-25: EU-15 + EU-10

EU-27: alle derzeitigen Mitgliedsländer der EU (Stand: Januar 2013)

EU-Binnenmigration nach den Erweiterungen 2004 und 2007

Angesichts der größten Erweiterung in der Geschichte der Union im Jahr 2004, bei der zehn Staaten, darunter acht osteuropäische Staaten (EU-8), der Gemeinschaft beitraten, wurde aufgrund des wirtschaftlichen Gefälles eine große Zuwanderungswelle nach Kerneuropa befürchtet. Die meisten EU-15-Staaten etablierten daher Übergangsregelungen, die die Freizügigkeit von Bürgern aus den EU-8-Staaten zunächst beschränkten. Nur Irland, Schweden und das Vereinigte Königreich gewährten von Anfang an volle Freizügigkeit. Ende April 2011 liefen auch in Österreich und Deutschland, die bis zuletzt an den Freizügigkeitsbeschränkungen festgehalten hatten, die Übergangsfristen für EU-8-Bürger aus. Angesichts des EU-Beitritts von Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007 schränkten erneut viele EU-Staaten die Per-

sonenfreizügigkeit zunächst ein. Die Übergangsfristen für die EU-2 laufen in allen EU-25-Staaten spätestens Ende 2013 aus.

Die EU-Osterweiterung hat zu einer Zunahme der Arbeitskräftemobilität innerhalb der Europäischen Union geführt. 2003 lebten 1,6 Millionen Bürger aus der EU-8 und der EU-2 in den 15 »alten« Mitgliedsstaaten der Union. 2009 waren es 4,8 Millionen (Fic et al. 2011). Allerdings verteilt sich die Zuwanderung aus diesen Ländern sehr ungleichmäßig auf die EU-15-Staaten. 70% der Zuwanderer aus den EU-8-Staaten kamen nach Irland oder Großbritannien (Kahanec et al. 2009). Die Mehrheit (ca. 80%) der rumänischen und bulgarischen Migranten zog nach Spanien und Italien.

Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die EU-Binnenmigration

Die Weltwirtschaftskrise kurz skizziert

Die globale Wirtschafts- und Schuldenkrise begann 2007 mit dem Zusammenbruch des spekulativ-aufgeblasenen Immobilienmarktes in den USA. Das Platzen der Immobilienblase brachte den Bankensektor in Bedrängnis, da viele Kreditnehmer ihre Kreditschulden nicht begleichen konnten. Die Finanz- und Kreditkrise weitete sich schnell auf andere Länder aus. Da die Banken die Vergabe von Krediten einschränkten, gerieten viele Unternehmen in Finanzierungsschwierigkeiten. Investitionen mussten zurück gestellt werden, zahlreiche Unternehmen meldeten Insolvenz an. Gesamtnachfrage und Produktion fielen. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit (Beck/Wienert 2009). In vielen Staaten der Welt verursachte die Finanzkrise eine Rezession. Die Staatsverschuldung vieler Länder stieg, da sie große Kapitalsummen zur Rettung der Banken und zur Ankurbelung der Konjunktur investierten.

Von der Weltwirtschaftskrise zur europäischen Finanzkrise

Die europäischen Staaten waren von der Wirtschaftskrise in unterschiedlichem Ausmaß betroffen. In Spanien brach der Immobiliensektor zusammen. Großbritanniens Wirtschaftsleistung sank aufgrund der hohen Abhängigkeit des Landes vom Finanzsektor. Die baltischen Staaten gerieten in eine

Spotlight: Fakten zur Zuwandererbevolkerung in der EU

- 2011 lebten 33,3 Millionen Ausländer in der EU-27, davon waren 20,5 Millionen, also ca. 2/3, Drittstaatsangehörige
- Mehr als 75% der in der EU lebenden Ausländerinnen und Ausländer verteilen sich auf nur 5 Staaten: Deutschland, Spanien, Italien, Vereinigtes Königreich, Frankreich (Stand: 1. Januar 2011)
- In Luxemburg, Zypern, Lettland, Estland, Spanien, Österreich und Belgien liegt der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung bei über 10% (Stand: 1. Januar 2011) (zum Vergleich Deutschland: 8,8%)
- Mit je 2,3 Millionen stellen rumänische und türkische Staatsangehörige die größten Ausländergruppen in der EU, vor Marokkanern (1,9 Mio.) und Polen (1,6 Mio.).
- 78% der in einem Mitgliedsland der EU lebenden Rumänen leben in Italien (42%) oder Spanien (36%); 75% der Türken in der EU leben in Deutschland, 50% der portugiesischen Migranten leben in Frankreich (Stand: 1. Januar 2011)

Quelle: Vasileva (2012): Nearly two-thirds of the foreigners living in EU Member States are citizens of countries outside the EU-27. Eurostat Statistics in focus, Nr. 31.

tiefe Rezession. Polens Wirtschaft wuchs dagegen auch während der Krise weiter.

Während sich einige Länder, darunter auch Deutschland, schnell von der Wirtschaftskrise erholten, zeigten sich ab Herbst 2009 gravierende Haushaltsprobleme in einigen Ländern des Euroraums, die teilweise vor dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise schon bestanden hatten, durch diese aber noch verschärft worden waren. So hatte sich Irland bei der Rettung seiner Banken übernommen und musste vom Juni 2010 beschlossenen Euro-Rettungsschirm (EFSF)³ aufgefangen werden.

Von großen Haushaltsdefiziten und z.T. sogar einer drohenden Staatspleite sind derzeit vor allem die sogenannten GIPS-Staaten (Griechenland, Italien, Portugal, Spanien) im Süden Europas betroffen. Das in der Öffentlichkeit sichtbare Ausmaß der aktuellen Krise ist die hohe Arbeitslosigkeit, von der vor allem junge Menschen aber auch Zuwanderer (v.a. aus Drittstaaten) betroffen sind.

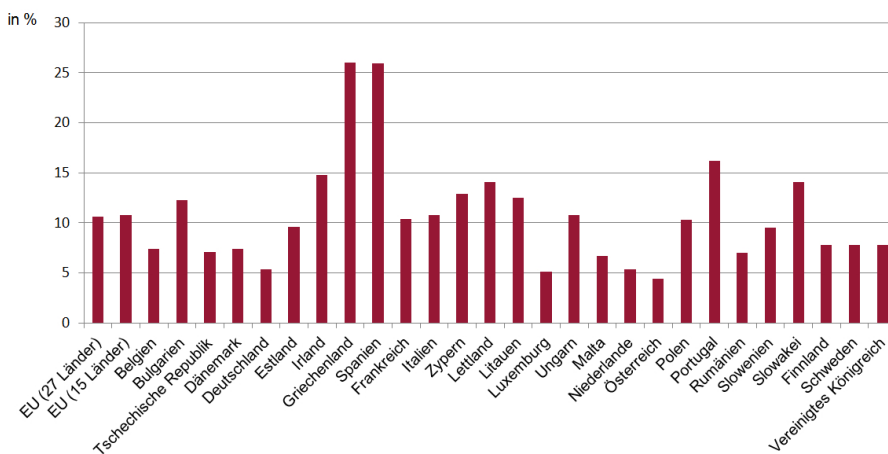
Zuwanderung aus den neuen Mitgliedsstaaten

Die globale Wirtschaftskrise und die Finanzkrise im Euroraum wirkten sich auf das Migrationsgeschehen innerhalb der EU aus. Laut Angaben der OECD ging die inner-europäische, auf Freizügigkeit basierende Migration zwischen 2007 und 2010 um mehr als 470.000 Personen zurück (OECD 2012). Die Zuwanderung aus den 2004 und 2007 der EU beigetretenen Ländern in die EU-15 verlangsamte sich deutlich. Vor allem 2009 zeichnete sich eine starke Rückwanderung in die Herkunftsländer ab (European Commission 2011). Im Vereinigten Königreich fiel die Zahl der Zuwanderer aus der EU-8 leicht, in Irland sogar stark (vgl. die Beiträge von Bredford). Zwischen 2006 und 2010 verzeichnete Spanien einen signifikanten Rückgang der Zuwandererbevolkerung aus Rumänien und Bulgarien. Lebten 2007 44% der in die EU-15 eingewanderten EU-2 Bürger in Spanien, so waren es 2010 nur noch 37%. Da sich die Gesamtzahl der in der EU-15 lebenden EU-2-Bevölkerung in diesem

Zeitraum nicht verringert hat, ist davon auszugehen, dass es sich hier um eine Sekundärmigration, d.h. eine Weiterwanderung aus Spanien in andere Länder handelt. Tatsächlich verzeichnete Italien im selben Zeitraum einen Anstieg der EU-2-Bevölkerung von 32% auf 37% (European Commission 2011). Ebenso registrierten andere Länder wie Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich einen Anstieg der Zuwanderung aus der EU-2. Auch wenn der Großteil der EU-2-Zuwanderer weiterhin in Spanien und Italien lebt zeigt sich, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise zu einer Veränderung der Zielortwahl der Migranten beiträgt.

Arbeitslosigkeit in der EU (September 2012)

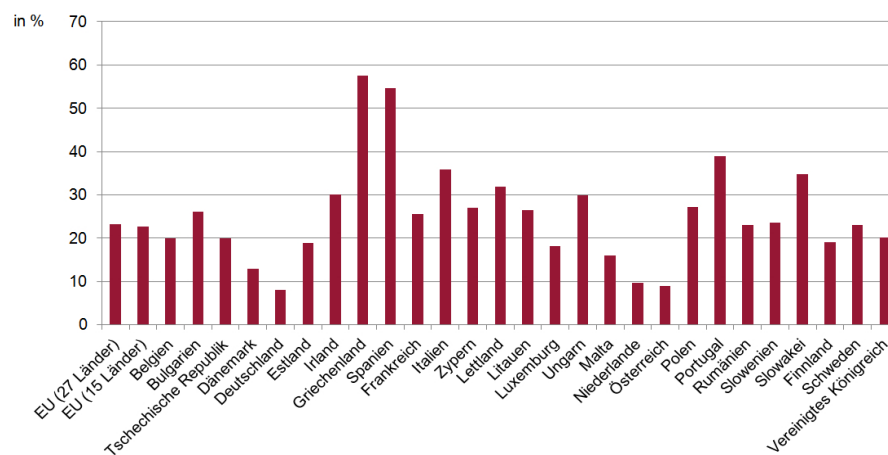
Harmonisierte Arbeitslosenquote, saisonbereinigt



Quelle: Eurostat

Jugendarbeitslosigkeit in der EU (September 2012)

Harmonisierte Arbeitslosenquote nach Alter 15-24, saisonbereinigt



Quelle: Eurostat

Zuwanderung aus Südeuropa

Einige Länder in Kerneuropa, darunter Großbritannien und Deutschland (vgl. den Beitrag von Engler/Hanewinkel), verzeichnen derzeit eine Zunahme der Zuwanderung aus Südeuropa. Insbesondere junge Menschen aus Griechenland, Spanien und Portugal, die in ihren Heimatländern keine Arbeit finden, wandern ab (vgl. die Beiträge von Engling und González-Martín). In Medienberichten werden sie bereits als die »neuen Gastarbeiter« bezeichnet (Völker 2012). Im Unterschied zu den südeuropäischen Arbeitskräften, die in den 1950er bis 1970er Jahren in vielen Ländern Mittel- und Nordeuropas angeworben wurden, handelt es sich bei diesen »neuen« Migranten allerdings überwiegend

gend um hochqualifizierte Personen, die teilweise auch schon über innereuropäische Mobilitätserfahrung (z.B. im Rahmen von durch das ERASMUS-Programm der EU geförderten Auslandsaufenthalten) verfügen. Ihre Zuwanderung wird in Staaten wie Deutschland positiv aufgenommen, da hier in einigen Regionen und Branchen ein Mangel an qualifizierten Arbeitnehmern besteht.

Spotlight: Migrationsmotive der EU-Binnenmigranten

60% der Migranten aus den neuen Mitgliedstaaten wanderten hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen, dies ist nur bei 40% der Migranten aus der EU-15 der Fall. Ihre Migration wird stärker durch andere Faktoren wie Liebesbeziehungen, den Wunsch nach Selbstbestimmung und die Suche nach einem erfüllenderen Lebensstil (lifestyle migration) motiviert.

Quelle: European Commission (2010): Geographical and labour market mobility. Report. Special Eurobarometer 337.

Ausblick

Die EU-Binnenmigration bietet die Chance, Ungleichgewichte auf den Arbeitsmärkten der einzelnen Mitgliedstaaten auszugleichen (Bräuninger 2011). Unternehmen, die Fachkräfte suchen, profitieren von Zuwanderung. Gleichzeitig trägt z.B. die Abwanderung aus den krisengeschüttelten GIPS-Staaten dazu bei, dass der Druck auf die Arbeitsmärkte dieser Länder abnimmt. Die Abwanderung wird aber auch mit Sorge betrachtet, da befürchtet wird, dass der Wegzug insbesondere von jungen, gut qualifizierten Personen (Brain Drain) die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig negativ beeinflussen könnte. Wie sich die EU-Binnenmigration in den nächsten Jahren entwickeln wird, hängt auch davon ab, ob sich die wirtschaftlichen Disparitäten innerhalb der Union ausgleichen.

Anmerkungen

¹ Für eine Zusammenfassung der Freizügigkeitsbestimmungen nach Richtlinie 2004/38/EG siehe http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/citizenship_of_the_union/133152_de.htm (Zugriff: 10.1.2013)

² Für ausführlichere Informationen siehe http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/citizenship_of_the_union/index_de.htm (Zugriff: 10.1.2013)

³ Der Eurorettungsschirm EFSF wurde 2012 durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus – ESM abgelöst.

Kurz skizziert: Ost-West-Migration nach der EU-Erweiterung

von Lisa Breford

(Übersetzung ins Deutsche: Maren Mikulla)

Die Erweiterung der EU in den Jahren 2004 und 2007 hatte einen großen Einfluss auf die Migrationsbewegungen aus den Mitgliedsstaaten in Ostmittel- und Osteuropa.¹ Wie aus Abbildung 1 und 2 hervorgeht, stieg die Zahl der Staatsbürger der zehn neuen Mitgliedsstaaten in den EU-15-Ländern nach der Erweiterung der EU im Jahre 2004 bedeutend an. Im Gegensatz dazu haben sich die Wanderungsbewegungen aus den alten in die neuen Mitgliedsstaaten und die Migrationsbewegungen zwischen den neuen Mitgliedsstaaten im selben Zeitraum nicht bedeutend verändert (Fic et al. 2011).

Die neuen Mitgliedsstaaten unterschieden sich stark hinsichtlich der Zahl der Abwanderer. Während Ungarn und Slowenien in Bezug auf ihre Gesamtbevölkerung die geringste Abwanderung verzeichneten (unter 1%), entsprach die Abwanderung aus Rumänien beinahe 9% der Gesamtbevölkerung. Diese Unterschiede liegen in den verschiedenen wirtschaftlichen Situationen der jeweiligen Länder aber auch in anderen Faktoren wie ihrer geographischen Lage begründet (Fic et al. 2011).

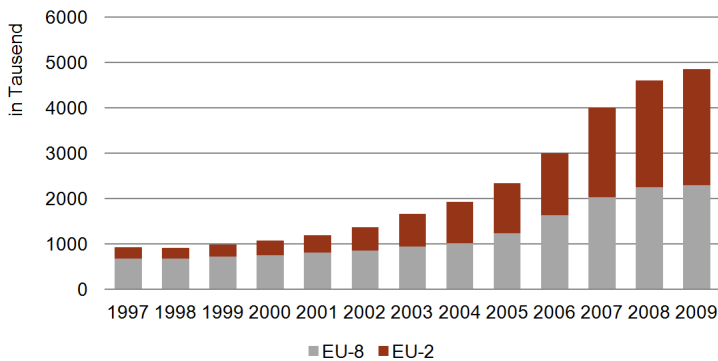
Slowenien

Die Tatsache, dass der wirtschaftliche Entwicklungsstand Sloweniens der höchste unter den neuen Mitgliedsstaaten war, verminderte den Anreiz zur Abwanderung. Im Jahr 2010 lag die Arbeitslosenquote bei 7,2% (OECD 2012, S. 270) und damit bedeutend niedriger als in den baltischen Staaten (Estland hatte z.B. im Jahr 2010 eine Arbeitslosenquote von 16,8%) (OECD 2012, S. 227). Die geographische Lage Sloweniens ermöglicht es den Staatsbürgern des Landes außerdem, nach Italien zu pendeln, sie müssen nicht zwangsläufig dorthin abwandern (Fic et al. 2011).

Ungarn

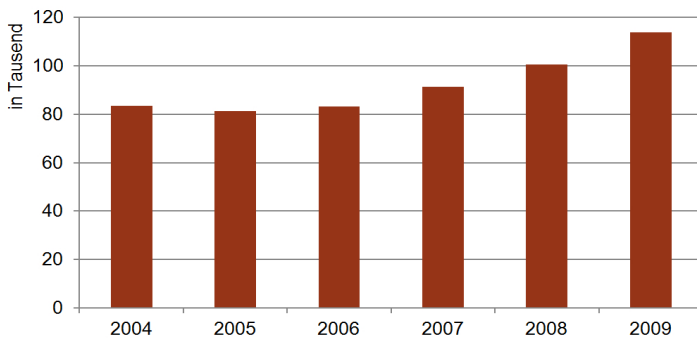
Ungarn, das ebenfalls eine geringe Abwanderung verzeichnete, hatte 2003 die niedrigste Arbeitslosenquote von allen neuen Mitgliedsstaaten. Jedoch verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation in den folgenden Jahren, was eine steigende Arbeitslosigkeit zur Folge hatte (11,2% im Jahr 2010) (OECD 2012, S. 237). Dennoch blieb die Abwanderung aus Ungarn gering. Ein Grund dafür könnten steigende Löhne und ein stabiles Sozialsystem sein, das auch Wohneigentum unterstützt. Folglich ist die Mehrheit der Bevölkerung Ungarns Hauseigentümer, eine Tatsache, die die Abwanderungsneigung vermindern könnte (Galgóczi et al. 2011, S. 20).

Abb. 1: Umfang der Zuwandererbevolkerung aus der EU-8 und der EU-2 in der EU-15



Quelle: Fic et al. 2011, Tabelle 3.1 und Abbildung 3.9.

Abb. 2: Umfang der Zuwandererbevolkerung aus der EU-2 in der EU-10, 2004-2009



Quelle: Fic et al. 2011, Tabelle 3.2 und Abbildung 3.9.

noch erfuhr Polen seit 2004 eine Auswanderung in großem Umfang. Polnische Migranten stellen seit der EU-Erweiterung den Großteil der Zuwanderer in Irland und dem Vereinigten Königreich. 66% aller Zuwanderer aus den neuen Mitgliedsstaaten im Vereinigten Königreich kamen aus Polen, die polnische Bevölkerung stieg von 75.000 im Jahr 2003 auf 532.000 im Jahr 2010 (Office for National Statistics 2011, S. 1). Die Zuwanderung verlangsamte sich allerdings während der Wirtschaftskrise, von der sowohl Irland als auch das Vereinigte Königreich stark betroffen waren (vgl. Artikel über Irland und das Vereinigte Königreich).

Rückwanderung

Im Allgemeinen wurde als Auswirkung der Krise ein Anstieg der Rückwanderung in der Annahme erwartet, dass Arbeitsmigranten am stärksten von den sich verschlechternden Bedingungen in den Aufnahmeländern betroffen seien (Barcevičius et al. 2012, S. 5). Den Umfang der Rückwanderung zu beziffern, erweist sich als sehr schwierig, nicht nur aufgrund unvollständiger oder sich unterscheidender Datensätze, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass Bewegungen von Unionsbürgern innerhalb der EU sich nicht vollständig erfassen lassen. Die Freizügigkeit erlaubt es ihnen, ihre Migrationspläne kurzfristig zu ändern, um auf wirtschaftliche Veränderungen in den Herkunfts- und Zielländern zu reagieren. Dies kann zu einem Anstieg der zirkulären Wanderungsbewegungen zwischen Ursprungs- und Aufnahmeländern führen (Grabowska-Lusinska 2010, S. 150).

Rumänien

Rumänien verzeichnet seit seinem EU-Beitritt im Jahr 2007 eine starke Abwanderung und steht damit weiterhin in seiner Tradition als Auswanderungsland. Unzuverlässige Migrationsstatistiken machen es schwierig, den Umfang der Abwanderungsbewegungen zu ermitteln, jedoch wird die Zahl der Rumänen, die 2010 im Ausland lebten, auf ca. 3 Millionen geschätzt (OECD 2012, S. 264). Rumänien ist von der jüngsten Wirtschaftsrezession stark betroffen, die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fiel von 4,2% im Jahr 2005 auf -6,9% im Jahr 2009. Im Jahr 2010 hatte sich die Wirtschaft des Landes wieder etwas erholt, verzeichnete aber weiterhin ein Negativwachstum (-1,1%) (OECD 2012, S. 265). Die wirtschaftlichen Gründe für eine Abwanderung bleiben damit weiterhin bestehen.

Polen

Polen, die größte Volkswirtschaft unter den neuen Mitgliedsstaaten, verzeichnete auch während der globalen Wirtschaftskrise weiterhin positive BIP-Wachstumsraten (1,6% im Jahr 2009, 3,9% im Jahr 2010 (OECD 2012, S. 261)). Den-

Baltische Staaten

Derartige Veränderungen im Migrationsgeschehen hängen stark von der wirtschaftlichen Situation der jeweiligen Staaten ab, wie die Abwanderung aus und die Zuwanderung in den baltischen Staaten verdeutlicht. Dort folgte der Phase einer verstärkten Abwanderung im Anschluss an den EU-Beitritt im Jahr 2004 eine Phase erhöhter Rückwanderung, da sich die Wirtschaft in den Folgejahren erholte (Barcevičius et al. 2012, S. 9). Alle drei baltischen Staaten verzeichneten im Jahr 2009 jedoch einen drastischen Rückgang des Wirtschaftswachstums. Am stärksten ging dieses in Lettland zurück, von 10,0% im Jahr 2007 auf -18% im Jahr 2009 (World Bank 2012). Der daraus resultierende Anstieg der Arbeitslosigkeit führte zu einer erneuten Phase stärkerer Abwanderung.

Fazit

Insgesamt zeigen diese Beispiele, dass es schwierig ist, die migratorischen Folgen von EU-Osterweiterung und Wirtschaftskrise in Bezug auf alle neuen Mitgliedsstaaten zu verallgemeinern. Unterschiede bezüglich der wirtschaftlichen

Entwicklung und der geographischen Lage zwischen verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten wie auch die Existenz spezifischer Migrationstraditionen beeinflussen die EU-Binnenmigration.

Anmerkung

¹ Wie in vielen anderen Fällen muss in diesem Kontext betont werden, dass die Analyse der EU-Binnenmigration häufig durch die mangelnde Qualität und fehlende Quantität vorhandener Migrationsdaten erschwert wird. Für weitere Informationen siehe z.B. Fic et al. (2011). Des Weiteren bieten Fassmann et al. (2009) einen Überblick über Migrationsstatistiken und ihre Defizite in den einzelnen europäischen Staaten.

Zur statistischen Erfassung von Migration

Zu- und Abwanderung (flows) aber auch der Bestand der Zuwandererbevolkerung (stocks) lassen sich kaum international vergleichend erfassen. Zum einen existieren von Land zu Land unterschiedliche Definitionen und Konzepte dessen, was unter einem Zuwanderer (immigrant) bzw. einem Abwanderer (emigrant) verstanden wird und wer zur Zuwandererbevolkerung gezählt wird und wer nicht. Zum anderen unterscheiden sich die einzelnen Länder auch hinsichtlich der Methodologie, d.h. wie (und ob) sie diese Phänomene überhaupt statistisch erfassen. Darüber hinaus gibt es gravierende Unterschiede im Hinblick auf die Qualität der erhobenen Daten. Alle diese Aspekte gelten auch für die Mitgliedstaaten der EU und müssen bei einer ländervergleichenden Betrachtung berücksichtigt werden.

Irland

von Lisa Breford

(Übersetzung ins Deutsche: Maren Mikulla)

In Bezug auf die Migrationsbewegungen innerhalb der Europäischen Union stellt Irland ein besonderes Beispiel dar, weil Irland erst seit 1996 eine langanhaltende Phase der Zuwanderung erlebte. Es war damit das letzte EU-Mitgliedsland, das zu einem Land mit positivem Wanderungssaldo wurde (Ruhs, überarbeitet von Quinn 2009). Bis zu diesem Zeitpunkt war Irlands Erfahrung mit Migration von Auswanderung geprägt (vgl. Abb.1). Vor diesem Hintergrund beeinflusste die Erweiterung der EU im Jahr 2004 und die darauf folgende Zuwanderung von Bürgern aus den neuen Mitgliedsstaaten die Migrationserfahrungen des Landes zu Beginn des 21. Jahrhunderts nachhaltig. Im Jahr 2004 war Irland einer der drei EU-Mitgliedsstaaten, die sich dazu entschieden, die Zuwanderung aus den neuen

Mitgliedsstaaten nicht zu beschränken (Kahanec et al. 2010, S. 4). In der Folge trugen vor allem die vielen polnischen Arbeitsmigranten dazu bei, dass die Zuwanderung die Abwanderung stark überstieg. Im Jahr 2007 registrierte Irland die bis dahin höchsten Zuwanderungsziffern.

Zuwanderung polnischer Arbeitskräfte

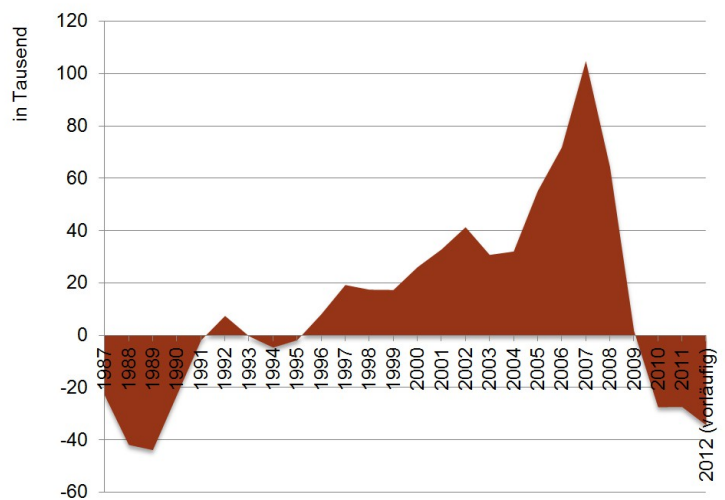
Ablezen lässt sich der Umfang der Zuwanderung aus Polen nach Irland an der Vergabe der *Personal Public Service Numbers (PSSN)*.¹ Abbildung 2 gibt einen Überblick über die Anzahl der zwischen 2003 und 2009 jährlich an polnische Staatsangehörige vergebenen PPS-Nummern. Wie Abbildung 2 zeigt, hatten Polens EU-Beitritt und die Freizügigkeit für Polinnen und Polen eine unmittelbare Auswirkung auf die Vergabe der PPS-Nummern. Ihre Zahl stieg von nur 3.824 im Jahr 2003 auf mehr als siebenmal so viele (27.292) im folgenden Jahr. Dieser Trend setzte sich bis zum Jahr 2006 mit 93.615 vergebenen PPS-Nummern fort. Danach begann die Zahl zu sinken, wobei der stärkste Rückgang zwischen 2008 (42.475) und 2009 (13.765) beobachtet werden kann.

Während diese Zahlen einen allgemeinen Eindruck davon vermitteln, wie viele polnische Migranten ursprünglich nach Irland kamen, liefern sie keine Angaben darüber, wie viele dieser Zuwanderer im Land geblieben sind oder sich dazu entschieden haben, es wieder zu verlassen, insbesondere nach dem Beginn der Rezession im Jahr 2008.²

Auswirkungen der Wirtschaftskrise

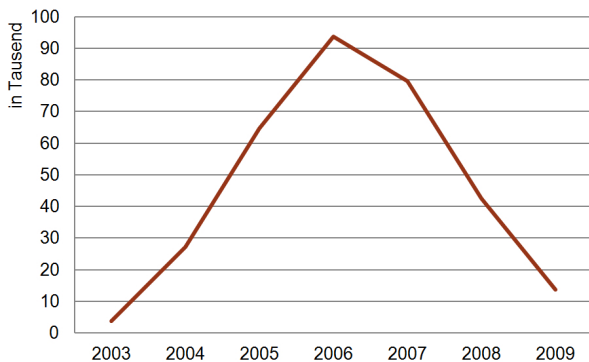
Irland war besonders hart von der Wirtschaftskrise betroffen. Dies zeigt sich unter anderem in der Arbeitslosenquote die von 4,7% im Jahr 2007 auf 14,8% im Jahr 2012 anstieg (Central Statistics Office 2012b). Insgesamt waren Migrantinnen und Migranten in größerem Ausmaß von dem Konjunkturunbruch betroffen als gebürtige Iren; in den meisten Sektoren verloren sie häufiger ihren Arbeitsplatz als einheimische Arbeitskräfte (Barratt und Kelly 2012, S. 12). Die sich

Abb.1: Irland – Wanderungssaldo, 1987 - 2012



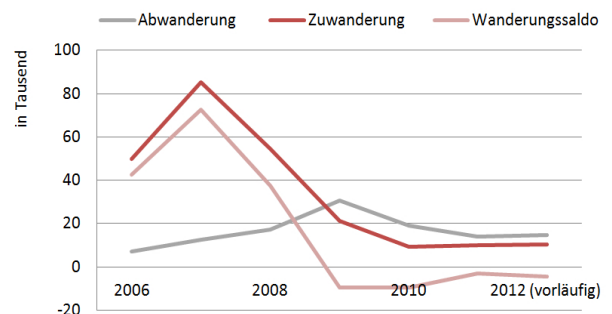
Quelle: Central Statistics Office 2012a, Tabelle 1.

Abb.2: Vergabe von Personal Public Service Nummern (PPSN) an polnische Staatsangehörige, 2003-2009



Quelle: Central Statistics Office 2011, Tabelle 7.

Abb.3: Geschätzte Zu- und Abwanderung von EU-12-Bürgern, 2006-2012



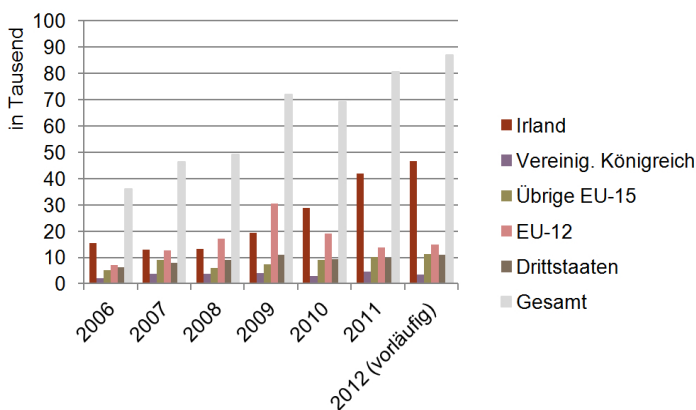
Quelle: Central Statistics Office 2012a, Tabelle 2 und 3.

verschlechternde wirtschaftliche Situation führte zu einem Anstieg der Abwanderung von EU-12-Staatsangehörigen (vgl. Abb. 3) aber auch von Irinnen und Iren, was im Jahr 2010 zu einer Rückkehr zu negativen Wanderungsbilanzen führte (vgl. Abb. 1). Während die Abwanderung von EU-12-Staatsangehörigen im Jahr 2009 ihren Höchststand erreichte, stiegen die Abwanderungszahlen irischer Staatsbürger von 2007 (12.900 Emigranten) bis 2012 (46.500) kontinuierlich an (Central Statistics Office 2012a, Tabelle 3) (vgl. Abb. 4). Die Hauptzielländer irischer Auswanderer sind Australien³, Kanada und das Vereinigte Königreich (Gilmartin 2012, S. 12).

Die Tatsache, dass die Rezession einen enormen Einfluss auf die Migration aus Ostmittel- und Osteuropa nach Irland hatte, wird auch im Hinblick auf die PPS-Nummern deutlich, die an Migranten aus diesen Ländern vergeben wurden. Die Daten zeigen hier, dass die Aktivitätsrate von Migranten aus den EU-10-Staaten, von denen polnische Staatsangehörige die größte Gruppe bilden, bedeutend gesunken ist (Central

Statistics Office 2011). Für die Personen aus der EU-10, die im Jahr 2007 nach Irland gekommen waren, fiel sie von 68% auf 46% im Jahr 2009 (Central Statistics Office 2011). Das weist darauf hin, dass einige osteuropäische Migranten während dieser Zeit das Land verlassen haben. Solch eine Vermutung wird des Weiteren von offiziellen Schätzungen über die Abwanderung aus dem Jahr 2012 unterstützt (Central Statistics Office 2012a). Insgesamt wird vermutet, dass die Abwanderung von Migranten aus allen EU-12-Ländern im Jahr 2009 mit 30.500 Emigrantinnen und Emigranten ihren Höchststand erreichte, 2012 lag sie bei ca. 14.800 (vgl. Abb. 3). Gleichzeitig wird geschätzt, dass die Zuwanderung von EU-12-Staatsangehörigen seit ihrem Höhepunkt im Jahr 2007 von damals 85.300 Zuzügen auf 10.400 Zuzüge im Jahr 2012 gesunken ist. Der Wanderungssaldo liegt daher seit 2009 wieder im negativen Bereich (vgl. Abb. 3). Während der Konjktureinbruch vermutlich der Hauptgrund für diese Entwicklungen ist, könnten verbesserte Arbeitsmarktbedingungen in Polen und die Tatsache, dass sich der Pool potenzieller Auswanderer in Polen verringert hat, weitere Erklärungen darstellen (Krings et al. 2013, S. 90). Außerdem entfielen die Arbeitsmarktbeschränkungen in anderen Mitgliedsstaaten wie z.B. Deutschland im Jahr 2011, was dazu geführt haben könnte, dass Polen eher in diese Länder auswanderten als nach Irland (Office for National Statistics 2012, S. 12). Trotz der sinkenden Zuwanderungs- und steigenden Abwanderungszahlen bilden polnische Staatsbürger die größte Zuwanderergruppe in Irland. Laut der Volkszählung im Jahr 2011 stellen sie 2,7% (112.585) der Gesamtbevölkerung (Central Statistics Office 2012c, S. 33). Der Zensus zeigte außerdem, dass die Geschlechterzusammensetzung der polnischen Zuwandererbevölkerung im Vergleich zur letzten Schätzung aus dem Jahr 2006 ausgeglichener geworden ist. Ein Grund dafür könnte sein, dass weibliche Familienangehörige nach Irland nachziehen (Familienzusammenführung) (Central Statistics Office 2012c, S. 30).

Abb. 4: Geschätzte Abwanderung nach Nationalität, 2006 - 2012



Quelle: Central Statistics Office 2012a, Tabelle 3.

Anmerkungen

- ¹ Die Personal Public Service Number (etwa: Persönliche Nummer für staatliche Dienstleistungen) wird von den irischen Behörden an Einzelpersonen vergeben und zu Identifikationszwecken genutzt, d.h. sie wird z.B. benötigt, um Steuern zu zahlen oder um Sozialhilfeleistungen bzw. das öffentliche Gesundheitswesen in Anspruch zu nehmen zu können (Gilmartin 2012, S. 8).
- ² Wie bereits erwähnt, können PPS-Nummern Auskunft über die Zuwanderung von Personen geben, die in Irland arbeiten oder staatliche Dienstleistungen wie z.B. das staatliche Gesundheitssystem oder Sozialleistungen in Anspruch nehmen wollen. Sobald eine PPS-Nummer jedoch vergeben ist, gibt es kein System, das den Behörden erlauben würde, zu verfolgen, ob eine Person das Land verlässt oder nicht, da eine Abmeldung in solchen Fällen nicht erforderlich ist. Der einzige Anhaltspunkt, ob PPSN-Inhaber das Land verlassen haben, ist die Betrachtung der Aktivitätsrate der PPS-Nummern, d.h. ob jemand Serviceleistungen in Anspruch nimmt, Steuern zahlt oder eben nicht. Falls eine Nummer inaktiv ist, kann das ein Anzeichen dafür sein, dass ihr Inhaber das Land verlassen hat. Jedoch gibt es auch andere Umstände, die dazu führen, dass Nummern (zeitweise) inaktiv sind, z.B. zirkuläre Migration. Insgesamt verdeutlichen diese Einschränkungen, dass der Aussagewert der Daten von PPS-Nummern in Bezug auf die Analyse von Migrationsbewegungen beschränkt ist.
- ³ Ein Großteil der irischen Migration nach Australien geschieht auf der Basis von sogenannten *Working Holiday Visa*. Es handelt sich dabei um eine temporäre Migration, da dieses Visum den Aufenthalt auf eine bestimmte Zeitspanne begrenzt (Gilmartin 2012, S.12).

Spotlight: Wie stehen EU-Bürger zur Freizügigkeit

Laut Eurobarometer vom Frühjahr 2012 betrachten EU-Bürger die Freizügigkeit als die zweitwichtigste Errungenschaft der EU. Nur die Wahrung des Friedens zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten wurde noch positiver bewertet.

Quelle: European Commission (2012): European Citizenship. Standard Eurobarometer 77, Frühjahr.

Vereinigtes Königreich

von Lisa Breford

(Übersetzung ins Deutsche: Vera Hanewinkel)

Hauptindikator für Zuwanderungen bilden im Vereinigten Königreich die Nationalen Versicherungsnummern (National Insurance Numbers – NINo). Ausländische Staatsangehörige, die eine Arbeit aufnehmen oder sozialstaatliche Leistungen bzw. Steuergutschriften in Anspruch nehmen wollen (Department for Work and Pensions 2012, S. 1), sind dazu verpflichtet, eine NINo zu beantragen.¹ Zwischen 2010/11 und

2011/12 ist die Zahl der ausgestellten NINos an Staatsangehörige aus der EU-12 um 8,2% gesunken (Department for Work and Pensions 2012, S. 9).²

Die Zahl der NINos, die an Staatsangehörige aus den übrigen EU-Staaten vergeben wurde, ist im gleichen Zeitraum jedoch um 8,2% gestiegen. Dieser Anstieg ist auf die Zuwanderung aus nur einigen wenigen Ländern zurückzuführen. Die drei Länder, die den höchsten Anstieg an Registrierungen für eine NINo verzeichneten, waren Spanien mit einem Zuwachs von 24,6% im Vergleich zum Vorjahr, Portugal mit einem Anstieg von 24,3% und Griechenland mit einem Zuwachs von 53,6% (Department for Work and Pensions 2012, S. 10).

Die Tatsache, dass alle diese Länder höhere Arbeitslosenraten verzeichnen als das Vereinigte Königreich (8% im Jahr 2011 im Vergleich zu Spanien: 21,7%, Portugal: 12,9% und Griechenland: 17,7%) könnte nahelegen, dass dies der Hauptgrund für die wachsende Zuwanderung von dort ins Vereinigte Königreich ist (Department for Work and Pensions 2012, S. 10). Dann allerdings hätte auch die Zuwanderung aus Irland stark ansteigen müssen, das ebenfalls erheblich von Rezession und hoher Arbeitslosigkeit (14,6% im Jahr 2011 (Central Statistics Office 2012a)) betroffen ist. Stattdessen ist die Zahl der an irische Staatsangehörige vergebenen NINos im Zeitraum 2010/11 bis 2011/12 gesunken – wenn auch nur leicht um 1,4% (Department for Work and Pensions 2012, S. 10). Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Ab- bzw. Zuwanderung ist also nicht so direkt, wie vielfach behauptet wird (Department for Work and Pensions 2012, S. 10).

Zuwanderung aus Irland

Der Rückgang der Zahl der an irische Staatsangehörige vergebenen NINos überrascht besonders, da man annehmen könnte, dass die engen Verbindungen zwischen Irland und dem Vereinigten Königreich im Hinblick auf Kultur und Sprache aber auch ihre geographische Nähe³ als starke Anziehungsfaktoren für irische Migranten wirken.

Die derzeitigen Migrationsbewegungen irischer Staatsangehöriger werden offenbar von Entwicklungen beeinflusst, die sich während der Wirtschaftswachstumsphase der Jahre 1995-2007, der sogenannten ›Celtic Tiger Era‹, herausgebildet haben. Zu diesen zählt das Sabbatjahr (gap year), das der Anlass dazu sein könnte, warum vor allem junge Iren sich derzeit eher für einen Fortzug nach Übersee anstelle einer Migration nach Großbritannien entscheiden (Gilmartin 2012, S. 13).

Das sogenannte ›Gap Year‹ bezeichnet einen Zeitraum, in dem man sich eine Auszeit von der Arbeit oder nach dem Abschluss an der Universität nimmt, um zu reisen, im Ausland zu jobben oder sich ehrenamtlich zu engagieren. In den Jahren des starken Wirtschaftswachstums (Celtic Tiger Era) hat das Gap Year in Irland insbesondere in der jüngeren Generation stark an Popularität gewonnen, wobei sich Australien zum Hauptzielland der Sabbatjahr-Nehmer entwickelte (Gilmartin 2012, S. 12). Junge Iren gelangen auf der Basis des Working Holiday Programms (Teilnahme bis zum 30. Lebensjahr möglich) nach Australien (Department of Immigration

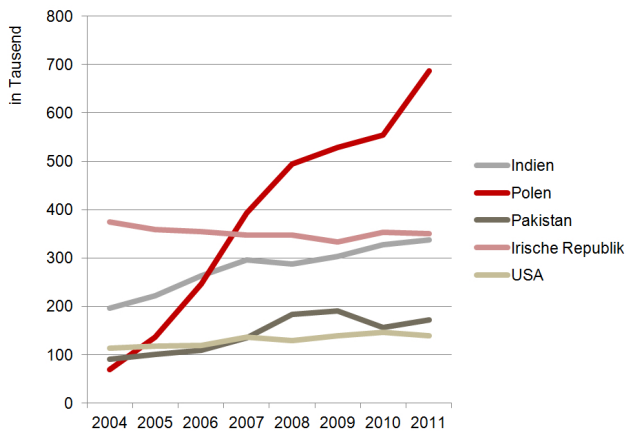
and Citizenship 2012, S. 3). Dieses Programm begünstigt die temporäre Migration (Gilmartin 2012, S. 12), da das ausgestellte Visum ein Jahr gültig ist und nur unter bestimmten Voraussetzungen um ein weiteres Jahr verlängert werden kann (Department of Immigration and Citizenship 2012, S. 4).

Australischen Statistiken zufolge stieg die Zahl irischer Staatsangehöriger mit einem »Working Holiday« Visum zwischen dem 30.6.2011 und dem 30.06.2012 um 32,7% auf insgesamt 19.441 Visa-Inhaber (Department of Immigration and Citizenship 2012, S. 20).

Im Falle Irlands scheint es also so, als ob überseeische Zielorte für Migranten weiterhin eine wichtige Rolle spielen und sogar noch an Bedeutung gewinnen könnten.

Obwohl die Zuwanderung aus den von der Krise betroffenen

Ausländische Wohnbevölkerung im Vereinigten Königreich nach Staatsangehörigkeit, 2004 – 2011



Quelle: Office for National Statistics 2012, Abbildung 3.1, 10.

Staaten der Eurozone bislang moderat ausfällt, ist sie ein Thema hitziger Debatten im Vereinigten Königreich. Ein spezifischer Streitpunkt ist dabei die Einführung von Zuwanderungsbeschränkungen für EU-Bürger, was jedoch eine klare Abwendung vom grundlegenden Prinzip der Freizügigkeit innerhalb der EU bedeuten würde (Leppard/Hookham 2012).

Anmerkungen

¹ Nach der EU-Erweiterung im Jahr 2004, waren Zuwanderer aus den EU-8-Ländern (Tschechische Republik, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Slowakei und Slowenien) außerdem dazu verpflichtet, sich im Meldesystem für Arbeitnehmer [Worker Registration Scheme], das vom Innenministerium verwaltet wurde, zu registrieren, sofern sie im Vereinigten Königreich für einen Monat oder länger beschäftigt waren (Kahanec et al. 2010, S. 4). Das Ziel dieses zusätzlichen Meldesystems war die bessere Überwachung der Entwicklung und des Einflusses der Migrationsbewegungen aus den neuen Mitgliedsstaaten (Kahanec et al. 2010, S. 4). Das Worker Registration Scheme lief im April 2011 aus (UK Border Agency).

² Die Vergabe von NINOs wird hier im Laufe eines Fiskaljahrs betrachtet (zum Beispiel April 2010 bis März 2011).

³ Reisen zwischen Irland und dem Vereinigten Königreich werden zusätzlich durch die Common Travel Area (etwa: gemeinsame Reisezone) zwischen diesen beiden Ländern erleichtert. Dies bedeutet, dass irische Staatsangehörige weniger Kontrollen ausgesetzt sind als Staatsangehörige anderer EU-Staaten, die die Grenze des Vereinigten Königreichs passieren (Gilmartin 2012, S. 13).

Spotlight: Binnenmigration und Identifikation mit der EU

Ergebnissen des PIONEUR-Projekts (Laufzeit: 2003-2006) zufolge, fühlen sich EU-Bürger, die innerhalb der EU mobil sind, stärker mit der EU verbunden als Nichtmobile. Die sogenannten *EU-Movers* tragen somit zur Europäischen Integration bei.

Quelle:
<http://www.obets.ua.es/pioneer/difusion/PioneerExecutiveSummary.pdf> (Zugriff: 11.1.2013)

Spanien

von *Beatriz González-Martín*

(Übersetzung ins Deutsche: Vera Hanewinkel)

Zuwanderung in Zeiten des Wirtschaftsbooms

Zwischen 1996 und 2007 erlebte Spanien eine der längsten Phasen wirtschaftlichen Wachstums in seiner jüngeren Geschichte. Das Merkmal, das diese Phase der Prosperität dominierte, war der hohe Anstieg der Zahl neuer Arbeitsplätze. Im dritten Quartal des Jahres 2007 erreichte Spanien mit 20,5 Millionen Beschäftigten einen historischen Höchststand (EPA¹ 2012).

Das große Arbeitsplatzangebot war einer der Hauptanziehungsfaktoren für Zuwanderer. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung an Spaniens Gesamtbevölkerung, der 1998 bei nur 1,6% gelegen hatte, wuchs bis 2007 auf mehr als 10% an. 2007 war mit 920.534 Zuzügen das Jahr mit der höchsten Zuzugszahl. 40,6% dieser Zuwanderer stammten aus einem europäischen Land, der Großteil (37,5%) aus einem EU-Mitgliedsstaat.

Zuwanderung aus Europa

In Bezug auf die Zuwanderung aus Europa kann zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen unterschieden werden:

Zum einen gibt es die traditionelle Einwanderung aus der EU-15, insbesondere aus Deutschland, dem Vereinigten Königreich und Frankreich, die bis 2007 kontinuierlich zunahm.

Zum anderen erfolgt die Zuwanderung auch aus den Staaten, die 2004 der EU beitraten. Aus diesen Ländern ka-

men allerdings nur wenige Zuwanderer nach Spanien. Nur Polen stach mit mehr als 15.000 Zuwanderern 2007 hervor. Damit lag die Zuwanderung aus Polen deutlich unter der polnischen Zuwanderung in anderen Ländern Europas (vgl. die Beiträge von Breford).

Darüber hinaus spielen seit dem Beginn der oben beschriebenen Wirtschaftswachstumsphase (1996-2007) Bulgarien und Rumänien eine zunehmend wichtige Rolle für die Zuwanderung nach Spanien. Beide Länder profitierten von bilateralen Zuwanderungsabkommen in den Jahren 2004 (mit Bulgarien) und 2002 (mit Rumänien) sowie ihrem EU-Beitritt 2007. Seit 2004 stellen Rumänen die größte Zuwanderergruppe in Spanien. Die rumänische Zuwanderung erreichte 2007 mit 174.000 Neuzuwanderern ihren Höhepunkt.

Schließlich sind auch noch die Zuwanderer aus den europäischen Ländern zu nennen, die nicht zur EU gehören (vor allem aus der Ukraine und aus Russland). Die Zuwanderung aus diesen Ländern hält sich jedoch auf einem niedrigen Niveau.

Außereuropäische Zuwanderung

Außerhalb Europas sind vor allem die lateinamerikanischen Staaten Ecuador, Kolumbien, Argentinien und Bolivien wichtige Herkunftsländer von Zuwanderern. Ihr Anteil an der Zuwanderung nach Spanien nimmt aber seit 2004 zugunsten der europäischen Zuwanderung ab. Das Hauptherkunftsländ von Zuwanderern aus Afrika ist Marokko. Von dort kamen allein 2007 mehr als 70.000 Personen nach Spanien. In Bezug auf Asien und Ozeanien hebt sich nur die Zuwanderung aus China und Pakistan hervor, die von der aktuellen Krise unbeeinflusst blieb.

Der große Zustrom der zumeist jungen und im Allgemeinen gering qualifizierten oder mit wenig Erfahrung auf dem

spanischen Arbeitsmarkt ausgestatteten Zuwanderer ermöglichte die Beschäftigungsexpansion in Sektoren wie der Landwirtschaft, dem Hotelgewerbe, Haushaltsdienstleistungen und vor allem dem Baugewerbe, wo sich ein Mangel an einheimischen Arbeitskräften bemerkbar machte und wo ein Großteil der Migranten, die nach Spanien kamen, eine Beschäftigung fand.

Die Wirtschaftskrise und ihre Folgen

Seit 2006 kam es zu starken Einbrüchen im Immobiliensektor, der einer der Hauptmotoren des spanischen Wirtschaftswachstums gewesen war. Auch die im Sommer 2007 mit dem Platzen der Immobilienblase in den USA einsetzende globale Wirtschaftskrise wirkte sich negativ auf Spaniens Wirtschaftsleistung aus. Im zweiten Quartal 2008 trat Spaniens Wirtschaft in eine Phase der Rezession ein. Zwar deutete sich im Jahr 2010 eine leichte Verbesserung der Situation an, im letzten Quartal 2011 fiel Spanien jedoch in eine Rezession zurück, die sich bis heute fortsetzt.

Eine der schwerwiegendsten Folgen der Wirtschaftskrise ist der massenhafte Abbau von Arbeitsplätzen in den letzten Jahren. Die Arbeitslosigkeit ist eines der grundlegenden Probleme, die die Erholung der spanischen Wirtschaft beeinflussen: Die steigende Arbeitslosigkeit führt zu einer zunehmenden Belastung des sozialen Sicherungssystems, da einerseits die Zahl der Beitragszahler und die Steuereinnahmen sinken, andererseits aber die Zahl der Empfänger staatlicher Unterstützungsleistungen zunimmt.

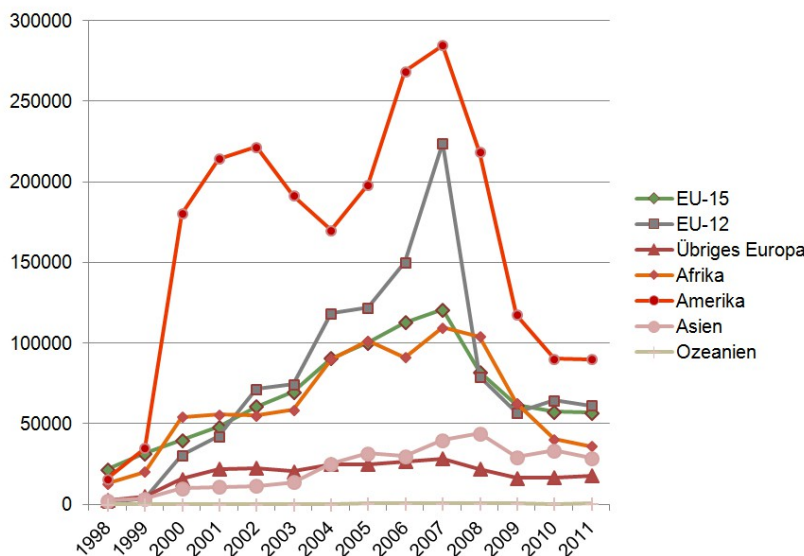
Die Arbeitslosenzahlen nehmen historische Ausmaße an. Im dritten Quartal 2012 gab es mehr als 5.778.000 Arbeitslose, davon waren rund 1.200.000 ausländische Staatsbürger. Die Arbeitslosigkeit ist besonders in der jungen Bevölkerung gravierend. 44% der arbeitslosen Spanier sind zwischen 16 und 34 Jahre alt, unter den arbeitslosen Ausländern sind es in dieser Altersgruppe mehr als 46%.

Die Zuwanderer sind von der Krise noch weit stärker betroffen als die Einheimischen. Im dritten Quartal 2012 lag die Arbeitslosenquote in der ausländischen Bevölkerung bei 34,8% gegenüber 23,3% in der spanischen Bevölkerung. Besonders betroffen sind Drittstaatsangehörige, deren Arbeitslosenquote (34,6%) über derjenigen von EU-Bürgern liegt (28,9%).

Sinkende Zuwanderung

Die Beschäftigungssituation in Spanien wirkt sich auf die Migrationssituation aus. Sie bewirkt, dass die Zuwanderung sinkt und sich Migranten, die bereits in Spanien leben, dazu entschließen, in ein anderes Land weiterzuwandern oder in ihre Heimatländer zurückzukehren. Zwischen 2007 und 2011 verließen mehr als 1,5 Millionen Personen das Land, darunter 1,3 Millionen Ausländer (EVR, INE, 2012). Die

Abb. 1: Entwicklung der Zuwanderung nach wichtigen Herkunftsgebieten



Quelle: Statistik über die Veränderung der Wohnbevölkerung [Estadística de Variaciones Residenciales], Nacionales Statistikinstitut INE; Darstellung der Autorin

um die Hälfte zurückgegangene Zahl der Zuzüge und der kontinuierliche Anstieg der Fortzüge (Anstieg um 63% zwischen 2007 und 2011), haben dazu geführt, dass sich der Wanderungssaldo aktuell im negativen Bereich befindet. 2011 verließen 50.000 Personen mehr das Land als im selben Zeitraum aus dem Ausland zuwanderten. Jüngste Zahlen, die bis September 2012 veröffentlicht wurden, zeigen, dass sich diese Zahl auf 138.000 mehr als verdoppelt hat. Nichtsdestotrotz hält die Zuwanderung nach Spanien weiter an, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau. Kamen 2008 noch 690.000 Zuwanderer nach Spanien, so hat sich diese Zahl bis heute auf einen Jahresdurchschnitt von 400.000 verringert. Dies deutet darauf hin, dass sich die Migrationsströme an die neue Situation in Spanien anpassen.

Migrationspolitische Veränderungen

Die Auswirkungen der Krise beeinflussen auch die Migrationspolitik. Die sozialistische Regierung erließ im Jahr 2008 eine Verordnung mit dem Titel ›Plan für eine freiwillige Rückkehr‹ (Plan para el retorno voluntario), die Einwanderer dazu animieren sollte, in ihre Heimatländer zurückzukehren. Sie erlaubt ihnen, weiterhin eine Arbeitslosenunterstützung zu erhalten wenn sie in ihr Heimatland zurückkehren und sich verpflichten, in den drei darauffolgenden Jahren nicht erneut nach Spanien einzureisen.

Nach dem Machtwechsel 2012 veranlasste die spanische Volkspartei (Partido Popular - PP) zwei Änderungen des Ausländerrechts (Ley de Extranjería). Mit der ersten Änderung erschwerten sich für Einwanderer die Voraussetzungen für eine Anmeldung im Einwohnermelderegister. Die Eintragung im Melderegister ist jedoch eine unerlässliche Voraussetzung für die Zuweisung einer Krankenkassenkarte. Getarnt als Sparmaßnahme, limitierte die PP somit den Zugang von irregulären Zuwanderern zum öffentlichen Gesundheitswesen.

Mit einer zweiten Gesetzesänderung wurde irregulären Migranten die Möglichkeit entzogen, sich auf ihre soziale Verwurzelung (arraigo social) berufen zu können, um einen legalen Aufenthaltsstatus zu erhalten.²

Studien zeigen, dass eine der Auswirkungen der Wirtschaftsrezession Veränderungen im Verhalten der Spanier gegenüber der Zuwandererbevölkerung sind und dass dieser wachsende Feindseligkeit entgegenschlägt, vor allem in der Arbeitswelt. Zwar haben die sozialen Konflikte, die durch die wirtschaftliche Situation hervorgerufen werden, weder zu einem offenen Diskurs über Einwanderung noch zu einer auffälligen Zunahme ausländerfeindlicher Bewegungen geführt. Trotzdem scheinen die bereits beschriebenen restriktiven Maßnahmen entwickelt worden zu sein, um vor allem die einheimische Bevölkerung zu beruhigen und ihr

gegenüber zu verdeutlichen, dass Maßnahmen getroffen werden, um eine mögliche wirtschaftliche Beeinträchtigung durch erwerbslose Zuwanderer abzuwenden.

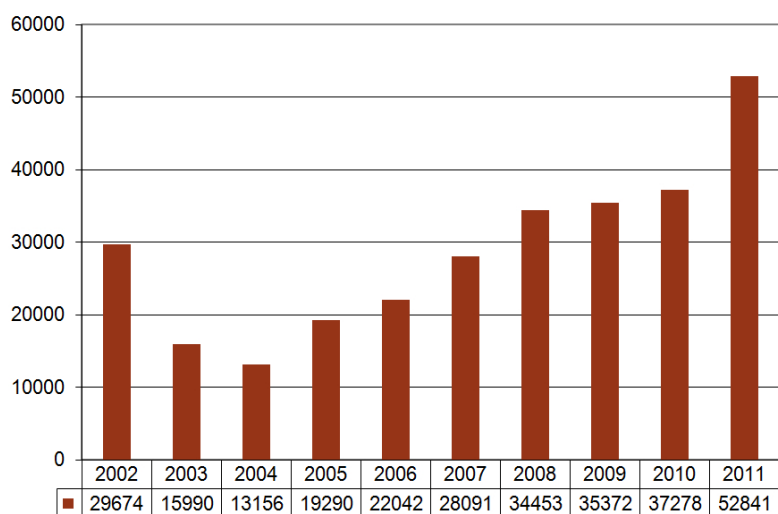
Abwanderung spanischer Staatsangehöriger

Die Medien heben vor allem die Veränderungen hinsichtlich des Zuwanderungssaldos hervor und betonen dabei insbesondere die erneute Tendenz zur Abwanderung von Spaniern. Demgegenüber gibt es nur wenige Berichte über Einwanderer und Einwanderung. Die Abwanderung spanischer Arbeitskräfte, die zwischen 2007 und 2011 um 88% wuchs, wird öffentlich heiß diskutiert, obwohl die Zahl der Abwandernden bislang nicht alarmierend ist. Seit 2008 liegt der Wanderungssaldo spanischer Staatsangehöriger allerdings im negativen Bereich, d.h. es verlassen jährlich mehr Spanier das Land als im selben Zeitraum aus dem Ausland zurückkehren. Im Jahr 2011 wanderten 52.000 Spanier aus (INE, 2012), 38.400 Spanier kehrten im selben Zeitraum aus dem Ausland in ihr Heimatland zurück. Daraus ergibt sich ein negativer Wanderungssaldo von mehr als 13.000 Personen (EVR, 2012). Die Wanderungsverluste vergrößerten sich im Zeitraum Januar bis September 2012 auf einen negativen Saldo von mehr als 25.500 Personen.

Viele junge, gut ausgebildete Spanier mit Fremdsprachenkenntnissen und Auslandserfahrungen beginnen, die Abwanderung als einzige Möglichkeit zu sehen, um eine Arbeit zu finden. Gleichzeitig betrachten sie Spanien als ein Land, in dem es an Arbeitsmöglichkeiten fehlt und sie sind sich sicher, dass sie im Ausland einen Arbeitsplatz finden werden, der ihren Qualifikationen entspricht.

Die Mehrheit der 2011 ausgewanderten Spanier entschied sich dazu, ihren Lebensmittelpunkt in ein anderes EU-Land (22.282) zu verlagern, davon zogen 7.000 nach Großbritannien und rund 4.000 nach Deutschland. Die USA bildeten

Abb. 2: Entwicklung der Auswanderung spanischer Staatsangehöriger



Quelle: Statistik über die Veränderung der Wohnbevölkerung [Estadística de Variaciones Residenciales], Nacionales Statistikinstitut INE; Darstellung der Autorin

insgesamt das zweitwichtigste Zielland von spanischen Abwanderern, dorthin zog es 2011 4.410 Personen. Dass die aktuelle spanische Abwanderung ein Phänomen ist, das von der Jugend geprägt wird, zeigt sich auch in den Statistiken. Die Mehrzahl der Abwanderer ist zwischen 25 und 44 Jahre alt. 59% der Spanier, die nach Deutschland migrierten gehören dieser Altersgruppe an. In den USA sind es 57% und in Großbritannien mehr als 64%.

Die Diskussion um die Folgen der wachsenden Abwanderung kreist vornehmlich um die Tatsache, dass mehrheitlich gut qualifizierte Arbeitskräfte das Land verlassen. Sollte die Wirtschaftskrise anhalten, so die Sorge, könnte der Brain Drain die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Spaniens nachhaltig schwächen.

Anmerkungen

- ¹ Encuesta de Población Activa (EPA) [Studie zur erwerbstätigen Bevölkerung], veröffentlicht durch das Instituto Nacional de Estadística (INE) [Nationales Statistikinstitut]
- ² Bislang konnten irreguläre Migranten ihren Status legalisieren, wenn sie nachweisen konnten, dass sie länger als drei Jahre in Spanien gelebt hatten, in ihrem Herkunftsland nicht straffällig geworden waren, sie Familienangehörige in Spanien haben und sie entweder über einen Arbeitsvertrag oder das Angebot über eine mindestens einjährige Beschäftigung verfügten. Obwohl das Gesetz diese Möglichkeit der Regularisierung nur in Ausnahmefällen vorsah, machten in der Tat jedoch zahlreiche Zuwanderer davon Gebrauch.

Anteil an weiblichen Zuwanderern wächst

Die Wirtschafts- und Finanzkrise wirkt sich in einigen Ländern auf die Geschlechterzusammensetzung der Zuwandererbevölkerung aus. So stieg in Spanien, Italien und Irland der Anteil der Frauen an der gesamten ausländischen Erwerbsbevölkerung. Diese Entwicklung liegt darin begründet, dass Sektoren wie die Bauwirtschaft, in denen überwiegend Männer beschäftigt sind, besonders stark von der Krise betroffen sind. In frauendominierten Tätigkeitsfeldern wie dem Pflegesektor ist der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften dagegen weiterhin hoch.

Quelle: IOM (2010): Migration and the Economic Crisis in the European Union: Implications for Policy. Brussels. (Autoren: Jobst Koehler et al.)

Portugal

von Feline Engling Cardoso

Infolge der Wirtschaftskrise ist der Umfang der in Portugal lebenden ausländischen Bevölkerung 2010 erstmalig seit Anfang der 1980er Jahre zurückgegangen (SEF 2012, S.15; OECD 2012, S. 262). Die Zuwanderung sank im Vergleich zum Vorjahr um -12%, auf 30.000 (OECD 2012, S. 262). Der Wanderungssaldo betrug lediglich 3.815 Personen (INE 2012d).

Ende 2011 lebten laut Angaben der portugiesischen Ausländerbehörde SEF 436.822 ausländische Staatsangehörige mit einer Aufenthaltsgenehmigung im Land; 1,9% weniger als im Vorjahr. Fast die Hälfte (47,9%) der Immigranten stammt aus portugiesischsprachigen (lusophonen) Ländern, vorwiegend aus den ehemaligen portugiesischen Kolonien Brasilien, den Kapverden, Angola und Guinea-Bissau (SEF 2012, S. 15). Brasilianer stellten 2011 mit 111.445 Personen die größte Zuwanderergruppe, ihre Zahl war gegenüber dem Vorjahr jedoch um 6,6% (-7.918) gesunken. Rückläufig war auch der Umfang anderer Migrantengruppen: Die Zahl der Immigranten aus der Ukraine (48.022) sank um 3% (-1.487), von den Kapverden (43.920) um 0,1% (-59) und aus Angola (21.563) um 8,2% (-1.931) verglichen mit 2010. Nur die Zahl der Zuwanderer aus Rumänien (39.312) ist im gleichen Zeitraum, um 6,7%, gestiegen (+2.482) (SEF 2012, S.17f.).

Abwanderung portugiesischer Staatsangehöriger

Im Zuge der Wirtschafts- und Eurokrise, deren Auswirkungen sich seit 2008 in Portugal bemerkbar machen, stieg die Arbeitslosigkeit in Portugal rapide an (INE 2012c, S. 75; PORTADA 2012). Laut nationalem Statistikinstitut INE kletterte die Arbeitslosenquote Ende 2012 auf 15,8%; in der Altersgruppe der 15- bis 25-jährigen auf 39% (INE 2012b). Die drastischen Sparprogramme der portugiesischen Regierung unter Premierminister Pedro Passos Coelho (PSD – Mitte-rechts) und die hohe Arbeitslosigkeit veranlassen aktuell immer mehr Menschen, Portugal zu verlassen. Dabei haben sich vor dem Hintergrund der Krise die Migrationsrichtungen stark verändert, teilweise haben sie sich umgekehrt: Während Portugal lange Zeit ein wichtiges Zielland für Migrantinnen und Migranten aus den ehemaligen portugiesischen Kolonien war, wanderten in den letzten Jahren immer mehr Portugiesen nach Angola, Brasilien und Mozambique ab (PÚBLICO 2012). Die portugiesischen Botschaften und Konsulate in Angola registrierten ein Anwachsen der portugiesischen Bevölkerung von 60.000 (2008), über 74.600 (2009), auf 91.900 2010 (Observatório da Emigração 2012c). Ein ähnlicher, wenn auch zahlenmäßig etwas geringerer Trend lässt sich an den Konsularregistern in Brasilien ablesen, wo die in Portugal geborene Bevölkerung von 406.242 (2010) auf 425.449 (2011) stieg. Während sich die Zahl der Portugiesen, die 2010 in Brasilien einwanderten, auf 798 belief, waren es 2011 mit 1.564 mehr als doppelt so viele (Observatório da Emigração 2012e). Auch in Mozambique wuchs die portugiesische Bevölkerung seit 2008 (16.556) an und umfasste 2011 21.114 Personen (Observatório da Emigração 2012i). Alle

Tab. 1: Auswanderung aus Portugal nach Staatsangehörigkeit, 2008 – 2011

2011	Gesamt	43998
	Portugiesische Staatsangehörige	41444
	Ausländer/-innen	2554
2010	Gesamt	23760
	Portugiesische Staatsangehörige	22127
	Ausländer/-innen	1633
2009	Gesamt	16899
	Portugiesische Staatsangehörige	14138
	Ausländer/-innen	2761
2008	Gesamt	20357
	Portugiesische Staatsangehörige	18462
	Ausländer/-innen	1895

Quelle: Portugiesisches Statistikinstitut INE
[Instituto Nacional de Estatística]

Tab. 2: Auswanderung aus Portugal nach Zielland, 2008-2011

2011	Gesamt	43998
	EU-Mitgliedsstaaten	28491
	Nicht-EU-Staaten	15507
2010	Gesamt	23760
	EU-Mitgliedsländer	19418
	Nicht-EU-Staaten	4342
2009	Gesamt	16899
	EU-Mitgliedsländer	10409
	Nicht-EU-Staaten	6490
2008	Gesamt	20357
	EU-Mitgliedsländer	14983
	Nicht-EU-Staaten	5374

Quelle: Portugiesisches Statistikinstitut INE
[Instituto Nacional de Estatística]

drei Länder erleben derzeit einen wirtschaftlichen Aufschwung, haben deutlich niedrigere Arbeitslosenquoten als Portugal und suchen Fachkräfte (PÚBLICO 2011). So emigrierten 2011 etwa 80% der Portugiesen, die außerhalb der EU ihr Glück suchten, nach Angola (Diário de Notícias 2012). 2012 wanderten laut dem Staatssekretär der Gemeinschaft portugiesischsprachiger Länder, José Cesário, zwischen 25.000 und 30.000 (5.000 bis 10.000 mehr als im Vorjahr) Portugiesen nach Angola und 2.500 nach Mozambique (Observatório da Emigração 2013).

Gleichzeitig ist die portugiesische Auswanderung laut dem 2008 gegründeten Observatório da Emigração (OE) zwi-

schen 2009 und 2011 in die USA, nach Kanada und Australien zurückgegangen (Observatório da Emigração 2012d; 2012f; 2012h). Das OE berichtet, dass die portugiesische Emigration in traditionelle Zielländer innerhalb Europas bis 2007 anwuchs - 2007 wanderten insgesamt 59.912 Portugiesen nach Spanien, Großbritannien, Deutschland, in die Niederlande und in die Schweiz aus – sie jedoch infolge der Wirtschaftskrise auf 53.710 (2008) und schließlich 43.225 (2011) zurückging (Observatório da Emigração 2012g). Dieser allgemeine Rückgang, so ist zu vermuten, ergibt sich vor allem aus einem starken Rückgang der Fortzüge nach Spanien (2007: 27.178, 2008: 16.857, 2010: 7.678, 2011: 7.424) (Observatório da Emigração 2012k), das ebenfalls stark von den Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen ist (vgl. Beitrag zu Spanien in diesem Kurzdossier). Demgegenüber stieg die Auswanderung von Portugiesen nach Großbritannien (2008: 12.980, 2009: 12.230, 2010: 12.080, 2011: 16.350) und Deutschland (2008: 4.214, 2009: 4.468, 2010: 4.238, 2011: 5.752), zwischen 2008 und 2011 durchaus an (Observatório da Emigração 2012a; 2012j). Im ersten Halbjahr 2012 registrierte das Statistische Bundesamt Destatis einen prozentual relevanten (+53% im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr), in absoluten Zahlen aber moderaten (+2.000 Personen) Anstieg portugiesischer Zuwanderung nach Deutschland (Destatis 2012). Insgesamt erfolgt die portugiesische Emigration überwiegend innerhalb der EU.

Die Gesamtzahl der Abwanderer aus Portugal lässt sich nur schwer ermitteln. Das portugiesische Statistikinstitut INE berichtet, dass sich die Zahl der Emigranten seit 2008 (20.357) mehr als verdoppelt hat. Demnach wanderten 2011 43.998 Personen (41.444 portugiesischer und 2.554 ausländischer Nationalität) aus (INE 2012a). Die OECD geht von höheren Auswanderungszahlen aus. Sie schätzt, dass seit Beginn der Krise 2008 jährlich mehr als 70.000 Personen das Land verlassen haben (OECD 2012).¹ Damit hat die Emigration vergleichbare Ausmaße erreicht wie in den 1960er Jahren (etwa 70.000 jährlich). Im Vergleich zu den »Gastarbeitern« der 1960er und 1970er, so der Migrationsexperte João Peixoto (OE), sind die Abwanderer jedoch jünger, urbaner und qualifizierter (Observatório da Emigração 2012b). Das veränderte Qualifikationsniveau der Emigranten macht die volkswirtschaftliche Relevanz der aktuellen Abwanderung sichtbar: Auch soziale Gruppen mit gehobenem Bildungs- und Lebensstandard verspüren die Notwendigkeit zur Emigration (Observatório da Emigração 2012g). Damit ist die Abwanderung portugiesischer Staatsangehöriger zu einem Hauptgegenstand des politischen Diskurses avanciert. Zur Entlastung des nationalen Arbeitsmarktes und zur Vorbeugung sozialer Spannungen empfahl die portugiesische Regierung wiederholt jungen Menschen auszuwandern (vgl. Zitat des portugie-

sischen Staatssekretärs für Jugend und Sport Alexandre Miguel Mestre). Die Öffentlichkeit kritisiert diese Haltung scharf und fordert eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Portugal (RTP Notícias 2010).

»Se estamos no desemprego, temos de sair da zona de conforto e ir para além das nossas fronteiras«. Alexandre Miguel Mestre, Secretário de Estado da Juventude e do Desporto

»Wenn wir arbeitslos sind, müssen wir unsere Komfortzone verlassen und uns außerhalb unserer Grenzen begeben«. Alexandre Miguel Mestre, Staatssekretär für Jugend- und Sport

Quelle: RTP Notícias (2011): Secretário de Estado aconselha emigração aos jovens. 31. Oktober.

Wahrnehmung der Zuwanderer

Neben portugiesischen Staatsangehörigen verlassen zunehmend auch Teile der Zuwandererbevölkerung das Land. Entgegen gängiger Auffassungen, findet jedoch keine Massenerückkehr von Migranten in ihre Heimatländer statt (IOM 2010). 2011 bewarben sich 1.790 Personen für das freiwillige Rückkehrprogramm PRV. Die Mehrzahl sind Brasilianer, gefolgt von Angolanern (PÚBLICO 2011). Auch Osteuropäer entscheiden sich zunehmend für eine Rückkehr in ihr Herkunftsland (Diário de Notícias 2010). 594 Personen kehrten 2011 mit Hilfe des freiwilligen Rückkehrprogramms in ihre Heimat zurück, die meisten (500) nach Brasilien, gefolgt von Angola (25) und der Ukraine (8) (Observatório da Imigração 2012, S.3).

Anders als beispielsweise in Griechenland scheint die Wirtschaftskrise die Haltung der portugiesischen Bevölkerung gegenüber Zuwanderung und der im Land lebenden Migranten aber nicht negativ zu beeinflussen. Portugal praktiziert innerhalb der EU eine vergleichsweise großzügige und fortschrittliche Migrationspolitik (Observatório da Emigração 2012b). Im Jahr 2009 klassifizierte die UN Portugal als Land mit offener Integrationspolitik (PÚBLICO 2010). Der Migrant Integration Policy Index (MIPEX III) platzierte Portugal 2011 hinter Schweden auf den zweiten Platz im Ranking der 31 analysierten Länder und betonte, dass Immigranten in Portugal als Opfer der Rezession und nicht als Sündenbock gelten. Konsolidierungsmaßnahmen und Sparprogramme der Regierung haben nicht zu einer steigenden Ablehnung gegenüber Zuwanderern geführt (MIPEX 2012).

Anmerkung

¹ Das Observatório da Emigração geht von noch höheren Abwandererzahlen aus. Seit 2008 hätten jährlich zwischen 25.000 (INE Daten) und 125.000 (Angaben des Staatssekretärs der Gemeinschaft portugiesischsprachiger Länder) Personen portugiesischer und ausländischer Nationalität Portugal verlassen. Besonders die letztgenannte Zahl wurde in den Medien immer wieder aufgegriffen.

Griechenland

von Feline Engling Cardoso

Die Zuwanderung nach Griechenland hält trotz der Wirtschaftskrise weiterhin an, hat aber im Vergleich zu den Vorjahren abgenommen (Malkoutzis 2011, S. 1). Die Wanderungsbilanz ist derzeit jedoch insgesamt negativ, d.h. die Zahl der Auswanderer übersteigt diejenige der Zuwanderer.

Zu- und Abwanderung in Zahlen

2011 wanderten nach Angaben des griechischen Statistikinstituts ELSTAT 110.823 Personen (60.453 griechischer Nationalität, 31.229 Drittstaatsangehörige und 19.141 EU-Bürger) zu. Damit nahm die Zuwanderung im Vergleich zum Vorjahr um 7% (-8.247 Personen) ab. Im selben Zeitraum verließen 125.984 Personen Griechenland (62.961 griechischer Nationalität, 37.083 Drittstaatsangehörige und 25.940 EU-Bürger), 5% (+5.999 Personen) mehr als 2010. Der Wanderungssaldo war mit -15.161 negativ (2010: -915) (EL.STAT 2013; EL.STAT 2012c). Am 1. Januar 2012 lebten laut Schätzungen von ELSTAT 975.374 ausländische Staatsangehörige in Griechenland, die Mehrzahl sind Drittstaatsangehörige (824.220) (EL.STAT 2013).¹ Fast die Hälfte der Zuwanderer verfügt nicht über einen legalen Aufenthaltsstatus (Kasimis 2012).

Tab 1: Gesamtbevölkerung Griechenlands 2011 (nach Staatsangehörigkeit)

Griechische Staatsangehörige	10.314.693
Angehörige anderer EU-Staaten	151.154
Drittstaatsangehörige	824.220
Gesamtbevölkerung	11.290.067

Quelle: EL.STAT

Tab. 2: Zu- und Abwanderung im Jahr 2011 (nach Staatsangehörigkeit)

	Zuwanderer	Abwanderer	Saldo
Gesamt	110.823	125.984	-15.161
Griechische Staatsangehörige	60.453	62.961	-2.508
Angehörige anderer EU-Staaten	19.141	25.940	-6.799
Drittstaatsangehörige	31.229	37.083	-5.854

Quelle: EL.STAT

Irreguläre Zuwanderung

Die Zahl der Aufenthaltsgenehmigungen ist seit Krisenbeginn zurückgegangen. Während 2009 insgesamt 602.797 Aufenthaltsgenehmigungen ausgestellt wurden, waren es 2010 noch 553.916 und 2011 nur noch 447.658. Diese rückläufige Tendenz deutet jedoch weniger auf eine rückläufige Zuwanderung, als vielmehr auf einen Trend zur De-Legalisierung hin. Griechenland ist besonders schwer von der Finanz- und Schuldenkrise betroffen, deren Auswirkungen sich seit Ende 2008 bemerkbar machen. Vor diesem Hintergrund werden weniger legale Aufenthaltsgenehmigungen ausgestellt. Migranten können daher oft nur auf irreguläre Zuwanderungskanäle oder einen nicht autorisierten Aufenthalt zurückgreifen. Laut griechischer Arbeitskräfteerhebung kamen im vierten Trimester 2011 fast 60% der Einwanderer (reguläre und irreguläre) aus Albanien (449.706), 6% (47.348) aus Bulgarien und 5% (40.620) aus Rumänien (Triandafyllidou 2012a, S. 5-13). Griechenland ist inzwischen zum Transitland für viele Migranten aus Afrika, Asien und dem Mittleren Osten geworden (Sotiropoulos 2012; Kasimis 2012, S.3). Die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX gibt an, dass 64% aller irregulären Migranten in der EU im ersten Quartal 2012 mit Hilfe eines illegalen Grenzübertritts nach Griechenland in die Uni-on gelangt sind (RIN 2012).

Die irreguläre Zuwanderung hat sich infolge des *Arabischen Frühlings* noch verstärkt (European Commission 2012, S.8; Triandafyllidou/Ambrosini 2011). Maßnahmen wie die ›Operation Xenios Zeus‹ ebenso wie die Errichtung einer 12,5 km langen Mauer an der griechisch-türkischen Grenze sollen irregulärer Einwanderung entgegenwirken (Ekathimerini 2012a). Unter dem Namen ›Operation Xenios Zeus‹ ließ Griechenlands Bürgerschutzminister Nikos Dendias seit Anfang August 2012 Razzien gegen unerwünschte Ausländer im Großraum Athen und in der Evros-Region an der türkischen Grenze durchführen. Die riesige ›Säuberungsaktion‹ gegen Flüchtlinge hat zu Verhaftungen von tausenden unerwünschten Ausländern und Massendeportation von Migranten und Asylsuchenden in ihre Herkunftsländer geführt. Das dabei oft gewaltbereite Vorgehen der griechischen Polizei und die menschenverachtenden Bedingungen in den Auf-fanglagern wurden von vielen Menschenrechtsorganisations scharf kritisiert (Pro Asyl 2012).

Abwanderung griechischer Staatsangehöriger

Angesichts der prekären Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage stieg die nationale Arbeitslosenquote im zweiten Quartal 2012 auf 23,6% an, in der Altersgruppe der unter 25-jährigen lag sie bei 53,9% (EL.STAT 2012a; EL.STAT 2012b, S.3). Eine der Reaktionen auf diese Situation ist die Entscheidung zur Abwanderung aus Griechenland, die sich wegen fehlender Daten aber kaum zureichend dokumentieren lässt. Traditionelle Auswanderungsziele haben einen moderaten Zuwachs an griechischen Staatsangehörigen registriert. Laut Angaben der griechischen Migrationsexpertin Anna Triandafyllidou wuchs die griechische Bevölkerung in den Niederlanden von 2011 (8.584) auf 2012 um 20% auf 10.100 Personen. In Großbritannien stieg die Anzahl der dort lebenden

griechischen Staatsangehörigen in diesem Zeitraum ebenfalls um 20% (Triandafyllidou 2012a, S. 23f.). Zogen im ersten Halbjahr 2011 8.890 Griechen nach Deutschland, so waren es im ersten Halbjahr 2012 fast doppelt so viele (16.571) (Triandafyllidou 2012b).² Zeitungsberichte deuten auf Abwanderungsbewegungen nach Australien (2.500 in 2011), Kanada und in die USA hin (The Guardian 2011). Die griechischen Abwanderer sind überwiegend jung, hoch qualifiziert und fremdsprachenversiert (Daily Kos 2011; GR Reporter 2012; New York Times 2012). Trotz des Anstiegs der Abwanderungszahlen, hält Professorin Triandafyllidou die Medienberichterstattung über dieses Phänomen für übertrieben, da die allermeisten Landesbewohner trotz der Wirtschaftskrise im Land verblieben (Triandafyllidou 2012/Emailkorrespondenz; Daily Kos 2011; Ekathimerini 2012; GR Reporter 2012). Von den in Griechenland lebenden Ausländern zieht es vorwiegend Albaner zurück in ihre Heimat (Triandafyllidou 2012a, S. 2; Kasimis 2012, S. 7).

Wachsende Ausländerfeindlichkeit

Der politische und öffentliche Diskurs ist von zunehmender Intoleranz gegenüber Migranten geprägt, die Ausländerfeindlichkeit nimmt erschreckende Ausmaße an (Triandafyllidou 2012a, S.28f.). Laut UNHCR Griechenland sind rassistisch motivierte Gewalttaten inzwischen nahezu an der Tagesordnung. Im Laufe des Jahres 2012 sind diese immens angestiegen (UNHCR 2012). Das UNHCR berichtet von 87 Fällen rassistischer Gewalt allein zwischen Januar und September 2012 (Netzwerk Migration in Europa 2012). Laut dem 2011 ins Leben gerufenen Racist Violence Recording Network dürfte die Dunkelziffer deutlich höher liegen (UNHCR 2012).

Anmerkungen

¹ Die Migrationsexpertin Anna Triandafyllidou geht in ihren Schätzungen von etwa 840.000 (1.12.2011) in Griechenland lebenden Drittstaatsangehörigen aus, basierend auf 447.658 regulären Aufenthaltsgenehmigungen und 391.000 irregulären Migranten, Co-Ethnizitäten (Pontische Griechen und griechische Albaner) ausgeschlossen (Triandafyllidou 2012a, S. 7f.).

² Laut Angaben des deutschen Statistischen Bundesamtes stieg die Zahl der zuwandernden griechischen Staatsangehörigen im ersten Halbjahr 2012 um 78% (+6.900 Personen) gegenüber dem Vorjahreshalbjahr (Destatis 2012).

Italien

von *Feline Engling Cardoso*

Die Einwanderung nach Italien hält trotz der Finanzkrise weiter an. Seit Beginn der Krise hat sich die regulär in Italien lebende ausländische Bevölkerung fast verdoppelt, obwohl die jährlichen Zuwachsraten im Vergleich zu den Vorkrisen Jahren insgesamt zurückgegangen sind (Pastore 2010, S. 121).

Laut Daten des italienischen Statistikinstituts ISTAT hat die Zuwanderung nach einem Höchststand 2007 im Zuge der Wirtschaftskrise zwar leicht abgenommen, übersteigt aber nach wie vor deutlich die Abwanderungsbewegungen. So ging die Zuwanderung 2011 im Vergleich zum Vorjahr um -13,8% zurück. Im Laufe des Jahres 2011 wanderten 386.000 Personen (62.000 weniger als im Vorjahr) aus dem Ausland zu, wohingegen 82.000 (+14.000 im Vergleich zu 2010) Personen Italien verließen. Der positive Wanderungssaldo betrug in diesem Zeitraum 304.000 Personen (ISTAT.IT 2013).¹

Am 1. Januar 2012 verzeichneten die nationalen Bevölkerungsregister 4,9 Millionen ausländische Staatsangehörige, die in Italien lebten (+6,3% bzw. +289.000 Personen im Vergleich zum Vorjahr) (ISTAT.IT 2012g; ISTAT.IT 2012b). Die Zuwanderung nach Italien erfolgt hauptsächlich aus Europa (53,4%), wobei viele Immigranten aus einem Land kommen, das erst kürzlich der EU beigetreten ist (Rumänien, Polen, Bulgarien) (vgl. focus Migration Länderprofil 23: Italien). Die größte in Italien lebende Zuwanderergruppe kommt mit 969.000 Personen aus Rumänien. Die Mehrzahl der Drittstaatsangehörigen (+102.000 von 2011 auf 2012) stammt aus Marokko (506.369) und Albanien (491.495) (ISTAT.IT 2012c).

2011 stieg infolge der Unruhen des *Arabischen Frühlings* und des Libyschen Konflikts die Zahl der über den Seeweg nach Italien gelangenden irregulären Migranten auf über 60.000 an. Die Flucht tausender Personen aus Nordafrika veranlasste die italienische Regierung im Februar 2011 dazu, den humanitären Notstand zu erklären.²

Die skizzierten Entwicklungen zeigen, dass die Wirtschaftskrise Italiens Migrationsverhältnisse bislang nur minimal beeinflusst hat (Limes 2012). Die migrationspolitische Haltung ist von dem Bedarf nach komplementärer ausländischer Arbeitskraft im Niedriglohnsektor geprägt, der Entscheidungsträger dazu bewogen hat, auch in Krisenzeiten die legalen Zuwanderungskanäle relativ offen zu halten (Pastore/Villosio 2011, S. 3f.). Ein Blick auf die Arbeitslosenquote der ausländischen Bevölkerung in Italien zeigt jedoch, dass sich mit der Krise das Vermögen des italienischen Arbeitsmarktes, ausländische Arbeitskraft zu absorbieren, verringert hat (EMN 2012, S.7). Anfang 2009 überstieg die Arbeitslosenquote der ausländischen Erwerbsbevölkerung erstmals in den letzten Jahren die Marke von 10% und erreichte 12,1% 2011 (ISTAT.IT 2012d; Pastore/Villosio 2011, S.5). Inzwischen ist ein Fünftel der Zuwanderer arbeitslos. Dennoch kehrt die Mehrzahl nicht in ihre Herkunftsländer zurück (EMN 2012, S.7).³ Demzufolge ist die Abwanderung der ausländischen Bevölkerung in den letzten Jahren nur leicht gestiegen. 2011 verließen 32.404 Zuwanderer Italien wieder –

4.448 mehr als im Vorjahr (ISTAT.IT 2012e). Dabei ist unklar, ob es sich um eine Rückkehr in die Heimat oder Weiterwanderung (Sekundärmigration) in ein anderes Land handelt.

Insgesamt lag die allgemeine Arbeitslosenquote in Italien trotz niedrigen Wirtschaftswachstums im letzten Jahrzehnt unter 10% (Limes 2012). Im dritten Quartal 2012 betrug sie 9,8% (ISTAT.IT 2012f). In der Altersgruppe der 15- bis 24-jährigen stieg sie im selben Quartal allerdings auf 35% (ISTAT.IT 2012d). Trotz der gestiegenen Arbeitslosigkeit ist die Abwanderung der nationalen Bevölkerung geringer als in anderen krisengeschüttelten Ländern der Eurozone (vgl. den Beitrag zu Spanien in diesem Kurzdossier). Die Zusammensetzung der Gruppe der Emigranten ist jedoch ähnlich: Sie sind überwiegend jung und haben einen akademischen Abschluss (Limes 2012). Neben traditionellen Auswanderungszielen wie den USA, Großbritannien und Deutschland gewinnen Afrika und Südamerika an Popularität (Johnston 2012).

Anmerkungen

¹ Die Nettomigration ist von 5,2/1000 (2010) auf 4,3/1000 (2011) zurückgegangen. ISTAT.IT (2012a); ISTAT.IT (2012e).

² Mit dem Dekret vom 6. Oktober 2011 wurde der humanitäre Notstand bis zum 31. Dezember 2012 verlängert.

³ Die genaue Zahl der Zuwanderer, die Italien wieder verließen um in ihre Heimat zurückzukehren oder in ein anderes Land zu wandern, ist aufgrund unzuverlässiger Daten nur schwer zu ermitteln. Laut ISTAT wurden in den letzten Jahren jährlich weniger als 1% der ausländischen Bevölkerung aus den italienischen Bevölkerungsregistern gestrichen. Allerdings räumt das Institut ein, dass diese Zahl wohl deutlich zu niedrig liegt. Siehe Pastore/Villosio (2011), S.11f.

Die aktuelle Entwicklung der Zuwanderung nach Deutschland

von *Marcus Engler und Vera Hanewinkel*

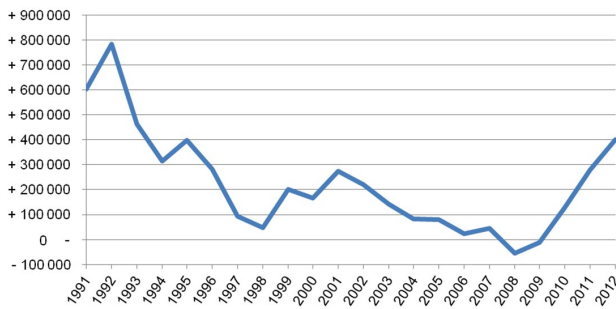
Einleitung

Nachdem in den Jahren 2008 und 2009 jeweils mehr Menschen aus Deutschland abwanderten als im selben Zeitraum zuwanderten, wurde vor allem über die Abwanderung von Fachkräften und die mangelnde Attraktivität Deutschlands für hochqualifizierte Migranten diskutiert. Im Zuge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich dieses Bild jedoch gewandelt

Deutschland ist im internationalen Vergleich bisher gut durch die Wirtschaftskrise gekommen. Die Beschäftigung wächst und die Arbeitslosigkeit liegt im europäischen Vergleich auf einem niedrigen Niveau. In einigen Regionen und Branchen fehlen sogar Fachkräfte.

Die Länder Süd- und Ostmitteleuropas leiden hingegen stärker und anhaltender unter der Rezession. Von hoher Ar-

Abb. 1 – Entwicklung des Wanderungssaldos seit 1991



Quelle: Statistisches Bundesamt

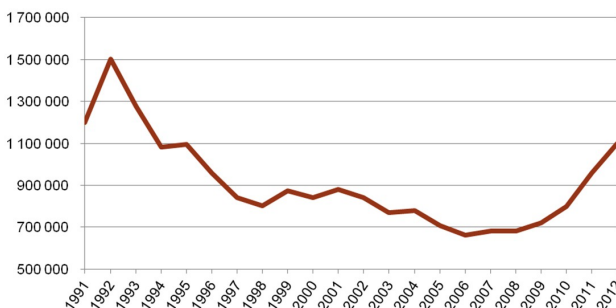
beitslosigkeit und drastischen Sparprogrammen sind vor allem Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt betroffen, darunter viele Migranten und junge Menschen. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt in einigen dieser Länder über 30%, in Spanien und Griechenland sogar über 50%. In Deutschland liegt sie derzeit dagegen nur bei rund 8% (Eurostat).

Entwicklung der Zuwanderung

Seit dem Tiefpunkt 2008, als netto 66.000 Menschen abwanderten, gibt es einen steten Trend zu mehr Zuwanderung. 2010 lag der Wanderungssaldo - also die Differenz von Zu- und Abwanderung - mit rund +128.000 wieder im positiven Bereich. 2011 wurde ein Saldo von 279.000 Personen erzielt – der höchste Wert seit 1996 (vgl. Abb. 1). Endgültige Daten für 2012 liegen noch nicht vor. Schätzungen zufolge könnte der Wanderungssaldo aber bis auf 400.000 angestiegen sein. Diese Entwicklung ist vor allem auf gestiegene Zuzugszahlen zurückzuführen. Demgegenüber blieben die Abwanderungszahlen in den letzten Jahren mit jährlich zwischen 600.000 und 700.000 Fortzügen relativ konstant. Die erhöhten Fortzugszahlen von 2008 (738.000) und 2009 (734.000) sind zum großen Teil auf Bereinigungen der kommunalen Melderegister zurückzuführen.

Die Zuwandererzahlen sind seit 2006 deutlich gestiegen (siehe Abb. 2). Damals kamen rund 662.000 Menschen in die Bundesrepublik. 2011 war es fast die Hälfte mehr (960.000). 2012 könnten deutlich über 1 Million Personen zugezogen sein.

Abb. 2 – Entwicklung der Zuwanderung seit 1991

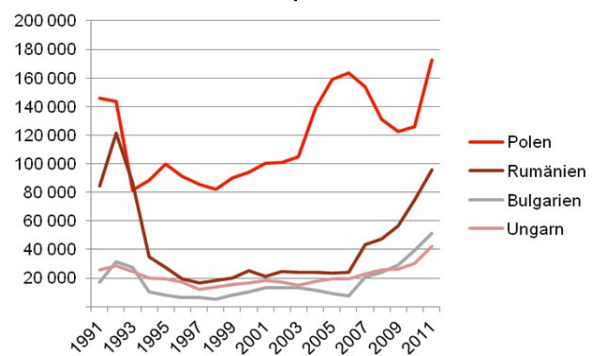


Quelle: Statistisches Bundesamt

Obwohl diese Zahlen zunächst hoch erscheinen, zeigt sich im Langzeitvergleich, dass die Zuwanderung keine völlig neue Dimension erreicht hat. Anfang der 1990er Jahre fielen sowohl die Zuwanderung als auch der Migrationssaldo deutlich höher aus. 1992 wanderten mehr als 1,5 Millionen zu. Auch in den Jahren 1969-71 zogen jährlich rund 1 Million Menschen zu.

Es lässt sich keine Aussage darüber treffen, ob die Neuzuwanderer lediglich temporär oder auf Dauer in Deutschland verbleiben werden. Die Wanderungszahlen, die von den kommunalen Einwohnermeldeämtern erfasst werden, beinhalten sowohl kurzfristige als auch langfristige Zuwanderungen. Da in der EU Freizügigkeit besteht, könnte gerade die kurzfristige Zuwanderung oft unbemerkt bleiben, da eine Anmeldung bei den Behörden nicht immer erfolgt. Es ist aber davon auszugehen, dass Zuwanderer aus den EU-Staaten, die länger als ein paar Monate in Deutschland bleiben, sich früher oder später anmelden und damit als Zuzüge erfasst werden.¹

Abb. 3 – Zuwanderung aus den vier wichtigsten Herkunftsländern in Mittel- und Osteuropa



	2010	2011	2012 (1.Halbjahr)
Polen	125.861	172.674	92.400
Rumänien	74.585	95.479	59.877
Bulgarien	39.387	51.612	28.969
Ungarn	30.015	41.980	25.415

Quelle: Statistisches Bundesamt

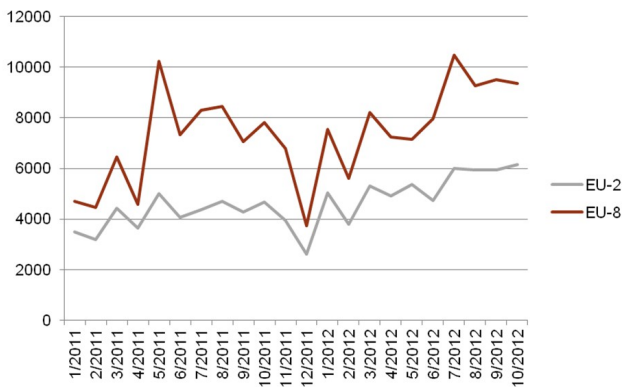
Herkunft der Zuwanderer

Während in den Massenmedien aktuell vor allem von Zuwanderern aus Südeuropa die Rede ist, zeigt ein Blick auf die Wanderungsstatistiken ein differenzierteres Bild. Die zahlenmäßig bedeutsamsten Herkunftsstaaten lagen in den letzten Jahren in Mittel- und Osteuropa.

Die Zuwanderung aus den 2004 (EU-8) und 2007 (EU-2) der EU beigetretenen Ländern verzeichnete in den letzten Jahren einen starken Anstieg. Seit Anfang Mai 2011 gilt – mit Ausnahme Bulgariens und Rumäniens² – volle Freizügigkeit. Davon machen viele Gebrauch (vgl. Abb. 4).

Deutliche Zuwächse gab es in den vergangenen Jahren auch bei der Zuwanderung aus den von der Finanz- und Schuldenkrise besonders stark betroffenen südeuropäischen Staaten (vgl. Abb. 5).

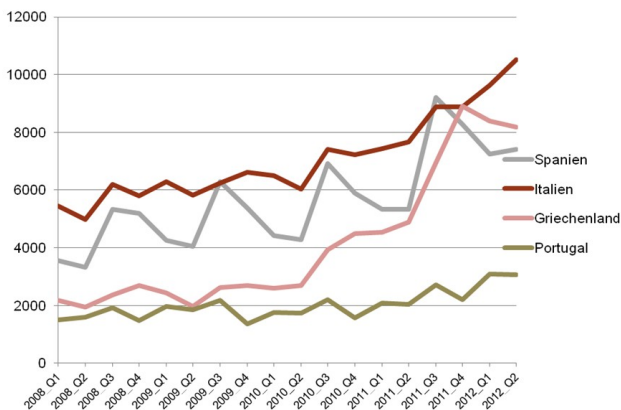
Abb. 4 - Monatliche Zuzüge aus den EU-2 und den EU-8 in den Jahren 2011 und 2012



Quelle: BAMF, Ausländerzentralregister, vorläufige Werte ohne Nachmeldungen, Stichtag jeweils Monatsende

Dabei muss aber genau zwischen den von den Medien vielfach aufgegriffenen extrem hohen prozentualen Zuwächsen und den absoluten Zuwandererzahlen unterschieden werden. Die Zuwanderung aus Südeuropa lag in den Jahren vor der Wirtschafts- und Finanzkrise auf einem derart niedrigen Niveau, dass selbst bei einem Anstieg um 78% wie im Falle Griechenlands (1. Halbjahr 2012 gegenüber 1. Halbjahr 2011) die absoluten Zuzugszahlen bislang moderat ausfallen³ – vor allem im Vergleich zur Zuwanderung aus Mittel- und Osteuropa. Auch im Langzeitvergleich wird deutlich, dass die Zuwanderung aus den südeuropäischen Ländern bisher keine neuen Dimensionen erreicht hat (vgl. Abb. 6).

Abb. 5 - Zuwanderung aus Südeuropa nach Herkunftsländern im Zeitraum 1. Quartal 2008 bis 2. Quartal 2012



Quelle: Statistisches Bundesamt

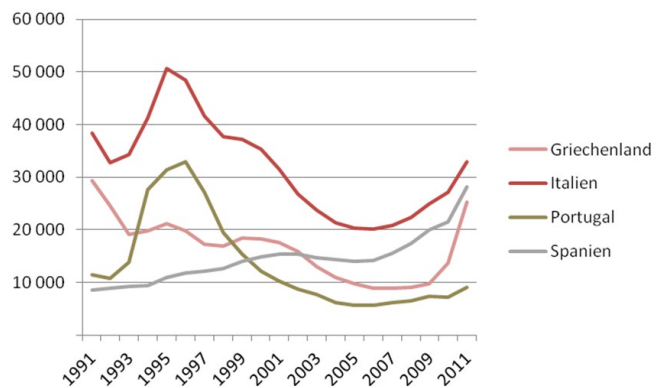
Zuwanderungsindikator Deutschlernende

Ein Indikator für gestiegene Zuwanderungsabsichten nach Deutschland sind die Teilnehmerzahlen an Deutschkursen an den Goethe-Instituten in den Herkunftsländern. 2011 verzeichnete das Institut Rekordzahlen bei den Teilnehmern an Deutschkursen und Prüfungen. Die Zahl der Deutschlernenden lag 2011 bei 235.000 Personen und damit um rund 8% höher als im Vorjahr. Besonders stark nahm ihre Zahl in Süd-

europa zu, mit Zuwächsen von 10% in Griechenland, 14% in Italien, 20% in Portugal und 35% in Spanien. »Diese Entwicklung wird auf ein vermehrtes Interesse an der Aufnahme einer Erwerbsarbeit in Deutschland zurückgeführt. Wer Deutsch lernt, hat bessere Chancen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt« (Vogel 2012).

Auf die wachsende Nachfrage reagieren die Goethe-Institute mit dem Ausbau ihrer Kapazitäten und der durch das Auswärtige Amt geförderten Initiative »Mit Deutsch in den Beruf«. In fachsprachlichen Kursen und Projekten sollen junge Menschen in Portugal, Spanien, Frankreich, Italien und Griechenland gezielt auf den Berufsalltag in Deutschland vorbereitet werden. Angeboten werden diese Fachsprachkurse u.a. für Ärzte, Krankenpfleger, Ingenieure, Juristen und die Tourismusbranche. Mit zusätzlichen Bewerbungstrainings werden Programmteilnehmer auch praktisch auf den Karrierestart vorbereitet (Goethe-Institut 2012b).

Abb. 6 – Zuwanderung aus Südeuropa (GIPS-Staaten)



Quelle: Statistisches Bundesamt

Reaktionen in Deutschland

Die Reaktionen auf den Anstieg der Zuzugszahlen fallen je nach Zuwanderergruppe unterschiedlich aus. Im Hinblick auf die Einwanderung von geringer qualifizierten Personengruppen – wie z.B. Roma aus Ostmitteleuropa, die häufig als Asylbewerber kommen – gibt es starke Abwehrreaktionen.⁴

Die Zuwanderung aus den südeuropäischen Krisenstaaten wird dagegen bislang überwiegend positiv betrachtet, was vor allem am Profil der Zuwanderer liegt. Diese sind allem Anschein nach junge, gut ausgebildete und hoch motivierte Personen, die sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt integrieren und dafür auch bereit sind, die Landessprache zu erlernen (Trabant 2012). Sie gehören damit zu den Zuwanderern, um die Deutschland international wirbt.

Wirtschaft: Aktive Anwerbung von Zuwanderern

Die Wirtschaft begreift die Zuwanderung aus Südeuropa als Chance im globalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe. Die Zuwanderung Hochqualifizierter fördere das Wirtschaftswachstum und wirke dem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials entgegen, der sich aufgrund des demographi-

schen Wandels vollziehe (vgl. dazu auch Parusel/Schneider 2010). Headhunter werben im Ausland gezielt Personal in Engpassbereichen an, wie z.B. Ärzte für Krankenhäuser in ländlichen Gebieten, die Probleme haben, ihre Stellen zu besetzen (Student 2012).

Einige Handelskammern bieten Informationsveranstaltungen für Unternehmen zum Thema »Fachkräfterekrutierung auf dem EU-Binnenmarkt« an. Die Auslandshandelskammern unterstützen Firmen bei der Anwerbung von Fachkräften im Ausland (Financial Times Deutschland 2012; Preuss 2012).

Im Juli 2012 fand in Stuttgart im Beisein von Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) und ihrem spanischen Amtskollegen José Ignacio Wert Ortega (Partido Popular, konservativ) eine deutsch-spanische Ausbildungskonferenz statt. Dabei wurde über Möglichkeiten der Einführung des dualen Ausbildungssystems in Spanien diskutiert. Das deutsche Ausbildungsmodell, das eine schulische Ausbildung mit Praxiserfahrung in Unternehmen kombiniert, soll zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit auf der Iberischen Halbinsel beitragen. Bislang erfolgt die Ausbildung in Spanien fast ausschließlich in Schulen. Der Großteil eines Jahrgangs in Spanien studiert, viele arbeiten anschließend unterhalb ihres Qualifikationsniveaus (Financial Times Deutschland 2012). Ein Kooperationsvertrag zur Einführung des dualen Systems wurde im September 2012 vom Verband der spanischen Handelskammern und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) unterzeichnet.

Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche

Die Zuwanderer aus der EU können bei der Arbeitsplatzsuche die Unterstützung der Arbeitsverwaltungen in der Europäischen Union (EURES) in Anspruch nehmen. Europaweit gibt es 850 EURES-Berater, die ihnen bei der Suche nach offenen Stellen helfen. Darüber hinaus organisiert die im EURES-Netzwerk vertretene Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit auf Einladung anderer EU-Staaten Veranstaltungen, die über Stellenangebote und Arbeitsbedingungen in Deutschland informieren. Vertreten sind dabei z.T. auch Arbeitgeber, die vor Ort Vorstellungsgespräche für konkrete Stellen führen. In Südeuropa wurde laut Angaben der ZAV in letzter Zeit eine »deutliche Zunahme« derartiger Veranstaltungen registriert (Vogel 2012).

Ausblick

Wie lange die Zuwanderer aus Südeuropa in Deutschland bleiben, ist unklar. Zuwanderer, die Qualifikationen mitbringen, bei denen es auf dem deutschen Arbeitsmarkt Engpässe oder einen Mangel gibt, könnten länger bleiben, z.B. Ärzte und Krankenschwestern oder in sogenannten MINT-Berufen⁵ Ausgebildete. In vielen anderen Branchen, in denen der Arbeitskräftebedarf durch Bildungsinländer gedeckt werden kann, dürften die Chancen für die Arbeitsmarktintegration und damit einen längerfristigen Verbleib in Deutschland deutlich schlechter stehen. Schon vor der Wirtschaftskrise war die Nachfrage hier größer als das Angebot, was u.a. zu einer Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse geführt hat.

Es spricht einiges dafür, dass der Trend einer verstärkten Zuwanderung weiter anhalten wird. Einer Prognose des Wirtschaftsforschungsinstituts Kiel Economics zufolge könnten in den Jahren 2013 bis 2017 netto 2,2 Millionen Menschen einwandern. Die Zuwanderungszahlen hängen dabei aber stark davon ab, ob die asymmetrische Wirtschaftsentwicklung in der EU anhält oder sich sogar noch verschärft.

Auch die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes ist von Bedeutung. Langfristig sei laut Wirtschaftsexperten eher mit einem jährlichen Wanderungssaldo von 200.000 zu rechnen (Müller 2012). Anzumerken ist zudem, dass Migration nicht nur aus ökonomischen Erwägungen heraus erfolgt. Wäre das der Fall, so müsste angesichts der weltweit ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung der Zuwanderungsdruck auf die wohlhabenden Staaten viel höher liegen als dies aktuell der Fall ist. Bei der Betrachtung von Migrationsbewegungen müssen daher immer auch persönliche Faktoren wie beispielsweise die Netzwerke der Migranten berücksichtigt werden. Diese stellen Informations- und Unterstützungsangebote am Zielort bereit, die die »Kosten« der Migration deutlich reduzieren können. Die Bildung solcher Netzwerke kann dazu beitragen, dass sich zwischen zwei (oder mehr) Ländern relativ stabile, also dauerhafte Migrationsbeziehungen entwickeln.

Auch wenn es sich überwiegend um gut qualifizierte Zuwanderer handelt, so garantiert diese Tatsache allein noch keine reibungslose Integration in Deutschland. Integration erfordert Anstrengungen sowohl von Seiten der Zuwanderer als auch der Aufnahmegesellschaft. Wichtig ist, dass die Zuwanderer nicht nur als Arbeitskräfte, sondern als Menschen gesehen werden, denen durch eine entsprechende Willkommenskultur gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden sollte.

Anmerkungen

- ¹ Die Zuzugszahlen umfassen auch Asylbewerber, die sich noch im Asylverfahren befinden, d.h. auch Personen, denen letztendlich vielleicht kein Bleiberecht in Deutschland zugesprochen wird.
- ² Für beide Länder gilt dies erst ab 2014.
- ³ Aus Griechenland zogen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im 1. Halbjahr 2012 16.577 Personen nach Deutschland zu, 6.297 zogen nach Griechenland fort. Der Wanderungssaldo lag entsprechend bei 10.280.
- ⁴ Vgl. die Beiträge des Newsletters Migration und Bevölkerung u.a. von Aischer 2012 und Wöhrle 2012.

Literatur

EU-Binnenmigration vor und während der Wirtschafts- und Finanzkrise

- Beck, Hanno/Wienert, Helmut (2009): Anatomie der Weltwirtschaftskrise: Ursachen und Schuldige. APuZ [Aus Politik und Zeitgeschichte], Nr. 20 (11. Mai).
- Bräuninger, Dieter (2011): Arbeitskräftemobilität in der Eurozone. Deutsche Bank Research, Beiträge zur europäischen Integration, EU-Monitor, Nr. 85, 10. August.
- European Commission (2012): European Citizenship. Standard Eurobarometer 77, Frühjahr. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb77/eb77_citizen_en.pdf (Zugriff: 11.1.2013)
- European Commission (2010): Geographical and labour market mobility. Report. Special Eurobarometer 337. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_337_en.pdf (Zugriff: 17.1.2013).
- European Commission (2011): Report from the Commission to the Council on the Functioning of the Transitional Arrangements on Free Movement of Workers from Bulgaria and Rumania. COM(2011) 729 final. Brüssel.
- Bonin, Holger et al. (2008): Geographic mobility in the European Union: Optimising its Economic and Social Benefits. IZA Research Reports, Nr. 19 (Juli).
- Fic, Tatiana et al. (2011): Labour Mobility within the EU – The Impact of the Enlargement and Transitional Arrangements. NIESR Discussion Paper, Nr. 379.
- Galgóczi, Béla/Leschke, Janine/Watt, Andrew (2011): Intra-EU labour migration: flows, effects and policy responses. Working Paper 2009.03, European Trade Union Institute. Brüssel.
- IOM (2010): Migration and the Economic Crisis in the European Union: Implications for Policy. Brussels. (Autoren: Jobst Koehler et al.)
- Kahanec, Martin / Zaiceva, Anzelika, Zimmermann, Klaus F. (2009): Lessons from migration after EU enlargement. IZA discussion papers, Nr. 4230.
- Koikkalainen, Saara (2011): Free Movement in Europe: Past and Present. Migration Information Source. <http://www.migrationinformation.org/Feature/display.cfm?ID=836> (Zugriff: 17.1.2013).
- OECD (2012): International Migration Outlook 2012. http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/international-migration-outlook-2012_migr_outlook-2012-en (Zugriff: 11.1.2013)
- Otte, Max (2009): Die Finanzkrise und das Versagen der modernen Ökonomie. APuZ [Aus Politik und Zeitgeschichte], Nr. 52 (21. Dezember): Krisenjahr 2009. <http://www.bpb.de/apuz/31506/die-finanzkrise-und-das-versagen-der-modernen-oekonomie> (Zugriff: 11.2.2013)
- Recchi, Ettore (2006): Spatial and Social Mobility in the EU. PIONEUR Final Conference, März. http://www.obets.ua.es/pioneur/bajaarchivo_public.php?iden=358 (Zugriff: 11.1.2013)
- Vasileva, Katya (2012): Nearly two-thirds of the foreigners living in EU Member States are citizens of countries outside the EU-27. Eurostat Statistics in focus, Nr. 31.
- Völker, Eva (2012): Die neuen Gastarbeiter. Junge Südeuropäer in Niedersachsen. NDR, Sendedatum 25.10.2012.

Kurz skizziert: Ost-West-Migration nach der EU-Erweiterung

- Barcevičius, E./Igllicka, K/Repečkaitė/Žvalionytė, D. (2012): Labour mobility within the EU: The impact of return migration. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 21 August 2012. <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2012/43/en/2/EF1243EN.pdf> (Zugriff: 17.12.2012)
- Fassmann, H./Reeger, U./Sievers, W. (Hrsg.)(2009): Statistics and Reality: Concepts and Measurements of Migration in Europe. Amsterdam: University Press.
- Fic, T./Holland, D./Paluchowski, P./Rincon-Aznar, A./Stokes, L. (2011): Labour Mobility within the EU – The Impact of Enlargement and Transitional Arrangements. National Institute of Economic and Social Research Discussion Paper Nr. 379, überarbeitet August 2011. http://www.niesr.ac.uk/pdf/050811_152043.pdf (Zugriff: 17.12.2012)
- Galgóczi, B./Leschke, J./Watt, A. (2011): Intra-EU Labour Migration: Flows, Effects and Policy Responses. European Trade Union Institute Working Paper 2009.03, aktualisiert Frühjahr 2011. <http://www.etui.org/content/download/1955/22135/file/11+WP+2009+03+Update+WEB.pdf> (Zugriff: 18.12.2012)
- Grabowska-Lusinska, I. (2010): Poland. In: Koehler, J./Laczko, F./Aghazarm, C./Schad, J. (Hrsg.): Migration and the Economic Crisis: Implications for Policy in the European Union. IOM Thematic Study. http://publications.iom.int/bookstore/index.php?main_page=redirect&action=url&goto=publications.iom.int%2Fbookstore%2Ffree%2FMigration_and_the_Economic_Crisis.pdf&zenid=0e7a92287be0b10102914a096029345c (Zugriff: 18.12.2012).
- Kahanec, M./Zaiceva, A./Zimmermann, K. F. (2010): Lessons from Migration after EU Enlargement. In: Kahanec, M./Zimmermann, K. F. (Hrsg.): EU Labour Markets After Post-Enlargement Migration. Berlin: Springer, S. 3–45.
- OECD (2012): International Migration Outlook 2012. <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/internationalmigrationoutlook2012.htm> (Zugriff: 18.12.2012)
- Office for National Statistics (2011): Polish People in the UK - Half a million Polish Residents. Migration Statistics Quarterly Report, August 2011, http://www.ons.gov.uk/ons/dcp171780_229910.pdf (Zugriff: 18.12.2012)
- World Bank (2012): GDP growth (annual %). <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG> (Zugriff: 18.12.2012)

Irland

- Barrett, A./Kelly, E. (2010): The Impact of Ireland's Recession on the Labour Market Outcomes of its Immigrants. ESRI Working Paper, Nr. 355, September 2010. <http://www.esri.ie/UserFiles/publications/WP355/WP355.pdf> (Zugriff: 7.1.2013)

- Central Statistics Office (2011): Foreign Nationals: PPSN Allocations, Employment and Social Welfare Activity, 2009. 27. Mai 2011. <http://www.cso.ie/en/media/csoie/release-publications/documents/labourmarket/current/ppsn.pdf> (Zugriff: 13.1.2012)
- Central Statistics Office (2012a): Population and Migration Estimates April 2012 (with revisions from April 2007 to April 2011). 27. September 2012. http://www.cso.ie/en/media/csoie/census/documents/populationestimates2012/popmig_2012.pdf (Zugriff: 12.12.2012)
- Central Statistics Office (2012b): Seasonally Adjusted Standardised Unemployment Rates (SUR). <http://www.cso.ie/en/statistics/labourmarket/principalstatistics/seasonallyadjustedstandardisedunemploymentratesur/> (Zugriff: 7.1.2013)
- Central Statistics Office (2012c): This is Ireland – Highlights from Census 2011, Part 1. März 2012. <http://www.cso.ie/en/media/csoie/census/documents/census2011pdr/Census%202011%20Highlights%20Part%201%20web%2072dpi.pdf> (13.12.2012)
- Gilmartin, M. (2012): The Changing Landscape of Irish Migration, 2000–2012. NIRSA Working Paper, Nr. 69, Oktober 2012. http://www.nuim.ie/nirsa/research/documents/WP69_The_changing_face_of_Irish_migration_2000_2012.pdf (Zugriff: 7.1.2013)
- Kahanec, M./Zaiceva, A./Zimmermann, K. F. (2010): Lessons from Migration after EU Enlargement. In: Kahanec, M./Zimmermann, K. F. (Hg.): EU Labour Markets After Post-Enlargement Migration. Berlin: Springer, S. 3–45.
- Krings, T./Bobek, A./Moriarty, E./Salamońska, J./Wickham, J. (2013): Polish Migration to Ireland: Free Movers' in the New European Mobility Space. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Jg. 39, Nr. 1, S. 87–103.
- Office for National Statistics (2012): Migration Statistics Quarterly 2012, Report November 2012, Statistical Bulletin. http://www.ons.gov.uk/ons/dcp171778_288105.pdf (Zugriff: 11.12.2012)
- Ruhs, M./updated by Quinn, E. (2009): Ireland: From Rapid Immigration to Recession, Migration Information Source, Country Profiles. September 2009. <http://www.migrationinformation.org/Feature/display.cfm?ID=740> (Zugriff: 10.12.2012)
- Entering the UK – registrations to March 2012, Statistical Bulletin, Nr. 30, August 2012. http://research.dwp.gov.uk/asd/asd1/niall/nino_allocations_aug12.pdf (Zugriff: 10.12.2012)
- Department for Work and Pensions (2012): Accessible Tabulation Tool. <http://83.244.183.180/mgw/live/tabtool.html> (Zugriff: 17.1.2013)
- Department of Immigration and Citizenship (2012): Working Holiday Maker visa program report. 30. Juni 2012. <http://www.immi.gov.au/media/statistics/pdf/working-holiday-report-jun12.pdf> (Zugriff: 11.1.2013)
- Eurostat (2013): Unemployment statistics. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Unemployment_statistics (Zugriff: 10.1.2013)
- Gilmartin, M. (2012): The Changing Landscape of Irish Migration, 2000–2012. NIRSA Working Paper, Nr. 69, Oktober 2012. http://www.nuim.ie/nirsa/research/documents/WP69_The_changing_face_of_Irish_migration_2000_2012.pdf (Zugriff: 7.1.2013)
- Instituto Nacional de Estadística (2012): Population and Housing Census 2011. Press Release. http://www.ine.es/en/prensa/np756_en.pdf (Zugriff: 13.1.2013)
- Leppard, D./Hookham, M. (2012): May: put controls on EU migrants. *The Sunday Times* (London), 7. Oktober 2012. http://www.thesundaytimes.co.uk/sto/news/uk_news/National/article1142432.ece (Zugriff: 10.12.2012)
- Office for National Statistics (2012): Population by Country of Birth and Nationality Report. August 2012. 30. August 2012. http://www.ons.gov.uk/ons/dcp171776_277619.pdf (Zugriff: 11.12.2012).
- UK Border Agency (o. J.): Worker Registration Scheme. <http://www.ukba.homeoffice.gov.uk/eucitizens/workerregistrationscheme/> (Zugriff: 16.1.2013)

Spanien

- Instituto Nacional de Estadística (2012): www.ine.es (Zugriff: November 2012)
- Izquierdo, A./López de Lera, D./ Martínez, R. (2003): The Favorites of the Twenty-First Century: Latin American Immigration in Spain, *Studi Emigrazione*, Jahrgang XXXX, März, Nr. 149, S. 98–124.
- Pérez, M./Desrués, T. (2007): Opinión de los españoles en materia de Racismo y Xenofobia. Madrid: Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales. Secretaría de Estado de Inmigración y Emigración. Dirección General de Integración de los Inmigrantes.
- Rinken, S./Escobar, M.S./Velasco, S. (2011): Opiniones y actitudes de la población andaluza ante la inmigración (III): Más allá del discurso funcionalista. Sevilla: Junta de Andalucía. Consejería de Empleo. Dirección General de Coordinación de Políticas Migratorias.

Vereinigtes Königreich

- Central Statistics Office (2012a): Seasonally Adjusted Standardised Unemployment Rates (SUR). <http://www.cso.ie/en/statistics/labourmarket/principalstatistics/seasonallyadjustedstandardisedunemploymentratesur/> (Zugriff: 7.1.2013)
- Central Statistics Office (2012b): This is Ireland – Highlights from Census 2011, Teil 1, März 2012. <http://www.cso.ie/en/media/csoie/census/documents/census2011pdr/Census%202011%20Highlights%20Part%201%20web%2072dpi.pdf> (Zugriff: 13.12.2012)
- Department for Work and Pensions (2012): National Insurance Number Allocations to Adult Overseas Nationals

Portugal

- Destatis – Statistisches Bundesamt (2012): Pressemitteilung Nr. 397: Zuwanderung nach Deutschland steigt im 1. Halbjahr 2012 um 15%. 15. November.
- https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/11/PD12_397_12711.html (Zugriff: 13.12.2012)
- Diário de Notícias (2012): 80% dos emigrantes para fora da Europa vão para Angola. 17. November. http://www.dn.pt/inicio/portugal/interior.aspx?content_id=2892475 (Zugriff: 9.12.2012)
- Diário de Notícias (2010): Portugal está a perder imigrantes com a crise. 23. Mai. http://www.dn.pt/inicio/economia/interior.aspx?content_id=1576368 – (Zugriff: 9.12.2012)
- INE – Instituto Nacional de Estatística (2012a): Emigrants (No.) by Nationality; Annual. 21. Dezember. http://www.ine.pt/xportal/xmain?xpid=INE&xpgid=ine_indicadores&indOcorrCod=0006052&contexto=bd&selTab=tab2 (Zugriff: 28.1.2013)
- INE – Instituto Nacional de Estatística (2012b): Estatísticas do Emprego 2012. 3. Trimestre. Lissabon. http://www.ine.pt/xportal/xmain?xpid=INE&xpgid=ine_publicacoes&PUBLICACOESpub_boui=143643851&PUBLICACOESmodo=2 (Zugriff: 30.11.2012)
- INE – Instituto Nacional de Estatística (2012c): Indicadores Sociais. http://www.ine.pt/xportal/xmain?xpid=INE&xpgid=ine_publicacoes&PUBLICACOESpub_boui=150503802&PUBLICACOESstema=5414314&PUBLICACOESmodo=2 (Zugriff: 29.1.2013)
- INE – Instituto Nacional de Estatística (2012d): Saldo migratório annual. 2010. 10. Februar. http://www.ine.pt/xportal/xmain?xpid=INE&xpgid=ine_indicadores&indOcorrCod=0006200&contexto=bd&selTab=tab2 (Zugriff: 13.12.2012)
- IOM – International Organization for Migration (2010): Migration and the Economic Crisis in the European Union: Implications for Policy. http://publications.iom.int/bookstore/free/Migration_and_the_Economic_Crisis.pdf (Zugriff: 13.12.2012).
- MIPEX – Migrant Integration Policy Index (2012): MIPEX III Portugal. <http://www.mipex.eu/portugal> (Zugriff: 18.12.2012)
- Observatório da Emigração (2012a): Alemanha. 10. August. <http://www.observatorioemigracao.secomunidades.pt/np4/paises.html?id=9> (Zugriff: 24.1.2013)
- Observatório da Emigração (2012b): A melhor política de emigração é lutar pelos direitos dos que saem. 28. Oktober. <http://www.observatorioemigracao.secomunidades.pt/np4/3312.html> (Zugriff: 21.11.2012)
- Observatório da Emigração (2012c): Angola. 4. September. <http://www.observatorioemigracao.secomunidades.pt/np4/paises.html?id=9> (Zugriff: 24.1.2013)
- Observatório da Emigração (2012d): Australia. 19. Juli. <http://www.observatorioemigracao.secomunidades.pt/np4/paises.html?id=9> (Zugriff: 24.1.2013)
- Observatório da Emigração (2012e): Brasil. 5. September. <http://www.observatorioemigracao.secomunidades.pt/np4/paises.html?id=9> (24.1.2013)
- Observatório da Emigração (2012f): Canada. 5. September. <http://www.observatorioemigracao.secomunidades.pt/np4/paises.html?id=9> (Zugriff: 24.1.2013)
- Observatório da Emigração (2012g): Emigração parece que aumenta porque chegou às famílias que contam. 19. November. <http://www.observatorioemigracao.secomunidades.pt/np4/3353.html> (Zugriff: 21.11.2012)
- Observatório da Emigração (2012h): Estados Unidos. 10. Oktober. <http://www.observatorioemigracao.secomunidades.pt/np4/paises.html?id=9> (Zugriff: 24.1.2013)
- Observatório da Emigração (2012i): Mocambique. 5. September. <http://www.observatorioemigracao.secomunidades.pt/np4/paises.html?id=9> (Zugriff: 24.1.2012)
- Observatório da Emigração (2012j): Reino Unido. 24. Oktober. <http://www.observatorioemigracao.secomunidades.pt/np4/paises.html?id=9> (Zugriff: 24. Januar 2013).
- Observatório da Emigração (2012k): Spain. 5. September. <http://www.observatorioemigracao.secomunidades.pt/np4/paises.html?id=9> (Zugriff: 24.1.2013)
- Observatório da Emigração (2013): 200 mil portugueses saíram do país nos dois últimos anos. 25. Januar. <http://www.observatorioemigracao.secomunidades.pt/np4/3440.html> (Zugriff: 28. Januar 2013)
- Observatório da Imigração (2012): Saídas de Estrangeiros até 2011. <http://www.oi.acidi.gov.pt/modules.php?name=Content&pa=showpage&pid=138> (Zugriff: 28.1.2013)
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (2012): International Migration Outlook 2012 – Country Notes: Recent Changes in Migration Movement and Policies – Portugal. http://www.oecd.org/migration/internationalmigrationpoliciesanddata/IMO%202012_Country%20note%20Portugal.pdf (Zugriff: 2.12.2012)
- PORTDATA – Base de Dados Portugal Contemporâneo (2012): Taxa do Crescimento Real do PIB. 14. August. <http://www.pordata.pt/Europa/Taxa+de+crescimento+real+do+PIB-1533> (Zugriff: 28.1.2013)
- PÚBLICO (2012): Emigração: longe da Europa e de forma ilegal. 22. Oktober. <http://www.publico.pt/sociedade/noticia/aumenta-emigracao-de-portugueses-para-fora-da-europa-e-de-forma-ilegal-1568296> (Zugriff: 16.12.2012).
- PÚBLICO (2011): Imigrantes brasileiros e angolanos saem de Portugal devido à crise financeira. 25. November. <http://www.publico.pt/sociedade/noticia/imigrantes-brasileiros-e-angolanos-saem-de-portugal-devido-a-crise-financeira-1522560> (Zugriff: 9.12.2012)
- PÚBLICO (2010): Portugal foi “generoso” na integração dos imigrantes mas a crise económica abre riscos. 19. Oktober. <http://publico.pt/sociedade/noticia/portugal-foi-generoso-na-integracao-dos-imigrantes-mas-a-crise-economica-abre-riscos-1461663> (Zugriff: 9.12.2012)

- RTP Notícias (2011): Secretário de Estado aconselha emigração aos jovens. 31. Oktober. <http://www.rtp.pt/noticias/index.php?article=494497&tm=9&layout=121&visual=49> (Zugriff: 13.12.2012)
- SEF – Serviço de Estrangeiros e Fronteiras (2012): Relatório de Imigração, Fronteiras e Asilo. Oeiras: 2011. http://sefstat.sef.pt/Docs/Rifa_2011.pdf (Zugriff: 30.11.2012)

Griechenland

- Daily Kos (2011): 10% of Greeks chose to emigrate in 2010. 21. Dezember. <http://www.dailykos.com/story/2011/12/21/1047784/-10-of-Greeks-Chose-to-Emigrate-in-2010> (Zugriff: 10.12.2012)
- Destatis – Statistisches Bundesamt (2012): Zuwanderung nach Deutschland steigt im 1. Halbjahr 2012 um 15%. Pressemitteilung Nr. 39715, November. https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/11/PD12_397_12711.html (Zugriff: 13.12.2012)
- Ekathimerini (2012a): Evros fence ready by mid-December. Interceptions of illegal immigrants on Aegean islands up tenfold in recent months. 30. November. http://www.ekathimerini.com/4dcgi/_w_articles_wsited1_1_30/11/2012_472466 (Zugriff: 10.12.2012)
- Ekathimerini (2012b): Yes, we are racist, opinion poll finds after debate. 16. November. http://www.ekathimerini.com/4dcgi/_w_articles_wsited6_1_16/11/2012_470442 (Zugriff: 10.12.2012)
- Ekathimerini (2012c): Young Greeks hesitant about moving abroad. 25. April. http://www.ekathimerini.com/4dcgi/_w_articles_wsited1_1_25/04/2012_439326 (Zugriff: 12.12.2012)
- EL. STAT- Hellenic Statistical Authority (2012a): Press Release. Labour Force Survey. 4th Quarter 2011. 15. März. http://www.statistics.gr/portal/page/portal/ESYE/BUCKET/A0101/PressReleases/A0101_SJO01_DT_QQ_04_2011_01_F_EN.pdf (Zugriff: 12.12.2012)
- EL. STAT Hellenic Statistical Authority (2012b): Press Release. Labour Force Survey. 2nd Quarter 2012. 13. September. http://www.statistics.gr/portal/page/portal/ESYE/BUCKET/A0101/PressReleases/A0101_SJO01_DT_QQ_02_2012_01_F_EN.pdf (Zugriff: 30.11.2012)
- EL. STAT- Hellenic Statistical Authority (2012c): Vital Statistics. Migration Movement 2010. Foreign Population by Citizenship and Sex (Year 2010). http://www.statistics.gr/portal/page/portal/ESYE/PAGE-themes?p_param=A1605&r_param=SPO15&y_param=2010_00&mytabs=0 (Zugriff: 20.12.2012)
- EL. STAT- Hellenic Statistical Authority (2013): Vital Statistics. Migration Movement 2011. Foreign Population by Citizenship and Sex (Year 2011). http://www.statistics.gr/portal/page/portal/ESYE/PAGE-themes?p_param=A1605&r_param=SPO15&y_param=2011_00&mytabs=0 (Zugriff: 28.1.2013)
- European Commission (2012): Communication from the Commission to the European Parliament and the Council. 3rd Annual Report on Immigration and Asylum. 30. Mai. http://ec.europa.eu/home-affairs/doc_centre/immigration/docs/COM%202012%20250%20final%201_EN_ACT_part1_v5.pdf (Zugriff: 30.11.2012)
- Eurostat (2012): Nearly two-thirds of foreigners living in the EU Member States are citizens of countries outside the EU-27. Statistics in Focus, 31/2012. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-12-031/EN/KS-SF-12-031-EN.PDF (Zugriff: 10.12.2012)
- GR Reporter. News from Greece (2012): New emigrants are educated and do not leave forever. 26. April. http://www.grreporter.info/en/new_emigrants_are_educated_and_d_o_not_leave_forever/6662?page=2 (Zugriff: 10.12.2012)
- GR Reporter. News from Greece (2012): Youth dream of Emigration; few do it. 29. April. <http://greece.greekreporter.com/2012/04/29/youth-dream-of-emigration-few-do-it/> (Zugriff: 12.12.2012)
- Human Rights Watch (2012): Hate on the Streets. Xenophobic Violence in Greece. Report. 10. Juli. <http://www.hrw.org/node/108554/section/1> (Zugriff: 12.12.2012)
- Kasimis, Charalambos (2012): 'Illegal Immigration in the Midst of Crisis'. Migration Information Source. März. <http://www.migrationinformation.org/Profiles/display.cfm?ID=884> (Zugriff: 19.11.2012)
- Malkoutzis, Nick (2011): Young Greeks and the Crisis. The Danger of Losing a Generation. Friedrich Ebert Stiftung. International Policy Analysis. library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08465.pdf (Zugriff: 30.11.2012.)
- Netzwerk Migration in Europa (2012): Kurzmeldungen – Europa II: Griechenland: Zunahme rassistischer Gewalt. Migration und Bevölkerung. Newsletter Ausgabe 10, Dezember. http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=121006 (Zugriff: 12.12.2012)
- New York Times (2012): Dread and Uncertainty Pervade Life in a Diminished Greece. 13. Juni. <http://www.nytimes.com/2012/06/14/world/europe/greeks-dread-future-as-their-world-deteriorates.html?pagewanted=all> (Zugriff: 12.12.2012)
- Pro Asyl (2012). Griechenland: Gigantische "Säuberungsaktion" gegen Flüchtlinge. 8. August. http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/griechenland_gigantische_saeuberungsaktion_gegen_fluechtlinge/ (Zugriff: 9.1.2013).
- RIN - Humanitarian News and Analysis. A Service of the UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (2012): Migration: Greece – "an unsafe Environment for Migrants". 17. August. <http://www.irinnews.org/Report/96123/MIGRATION-Greece-an-unsafe-environment-for-migrants> (Zugriff: 30.11.2012)
- The Guardian (2011): Europeans migrate south as continent drifts deeper into crisis. 21. Dezember. <http://www.guardian.co.uk/world/2011/dec/21/europe-migrants-crisis-irish-portuguese> (Zugriff: 12.12.2012)
- Triandafyllidou, Anna/Ambrosini, Maurizio (2011): "Irregular Immigration Control in Italy and Greece: Strong Fencing and Weak Gate-keeping serving the Labour Market". European Journal of Migration and Law, Nr. 13, S. 251-273.

- Triandafyllidou, Anna (mit Hilfe Maroufouf, Michaela) (2012a): Greece. Report prepared for the SOPEMI meeting Paris, 28-30. November 2012. Version vom 5. November 2012. Unveröffentlichter Report. (Zitiert mit Erlaubnis der Autorin)
- Triandafyllidou, Anna (2012b): Recent Trends in Immigration to Germany from Southern and Eastern European Countries. (Based on data from the German Federal Statistics Office). Unveröffentlichtes Dokument. (Zitiert mit Erlaubnis der Autorin)
- Sotiropoulos, Dimitri A. (2012): The Social Situation of Greece under the Crisis. Basic Socio-economic Data for Greece, 2011. Friedrich Ebert Stiftung. library.fes.de/pdf-files/id/09330.pdf (Zugriff: 30.11.2012)
- UNHCR – The UN Refugee Agency (2012): Racist Violence Recording Network. Findings 1.1.2012 – 30.9.2012. Oktober. <http://www.unhcr.gr/fileadmin/Greece/News/2012/pr/ConclusionsOctober2012EN.pdf> (Zugriff: 9.1.2013)
- Pastore, Ferruccio/Villosio, Claudia (2011): Nevertheless Attracting ... Italy and Immigration in Times of Crisis. Forum Internazionale ed Europeo di Ricerche sull'Immigrazione (FIERI). International and European Forum on Migration Research. Working Papers. http://www.labmiggo-v.eu/wp-content/uploads/2012/04/WP-Villosio-Pastore-ITALY-DA-MONASH-_maggio-2011_.pdf (Zugriff: 6. Dezember 2012)

Die aktuelle Entwicklung der Zuwanderung nach Deutschland

- Alscher, Stefan (2012): Deutschland: Debatte über Umgang mit Asylbewerbern vom Balkan. Migration und Bevölkerung, November. http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=120901 (Zugriff: 4.1.2013)
- Financial Times Deutschland (2012): Jugendarbeitslosigkeit: Spanien holt sich Rat bei deutschen Ausbildern, 6. September. <http://www.ftd.de/politik/europa/jugendarbeitslosigkeit-spanien-holt-sich-rat-bei-deutschen-ausbildern/70086768.html> (Zugriff: 4.1.2013)
- Goethe-Institut (2012a): Deutschlernerzahlen steigen auf Rekordniveau. Pressemitteilung vom 6. März. <http://www.goethe.de/prs/prm/a012/de8962959.htm> (Zugriff: 11.2.2013)
- Goethe-Institut (2012b): Immer mehr Menschen lernen Deutsch. Pressemitteilung vom 6. September. <http://www.goethe.de/prs/prm/a012/de9806854.htm> (Zugriff: 4.1.2013)
- Hanewinkel, Vera (2012): Deutschland: Zuwanderung steigt weiter an. Migration und Bevölkerung, Dezember. http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=121002 (Zugriff: 4.1.2013)
- Hummitzsch, Thomas (2012): Deutschland: Deutlich mehr Einwanderer. Migration und Bevölkerung, Juni. http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=120501 (Zugriff: 4.1.2013)
- Müller, Henrik (2012): Einwanderungswelle: »Diese Chance sollten wir uns nicht entgehen lassen«. Manager Magazin online, 17. Dezember. <http://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/0,2828,871665,00.html> (Zugriff: 4.1.2013)
- Parusel, Bernd/Schneider, Jan (2010): Deckung des Arbeitskräftebedarfs durch Zuwanderung. Studie der deutschen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper Nr. 32 der Nationalen Kontaktstelle des EMN und der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg. http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/EMN/Nationale-Studien-WorkingPaper/emn-wp-32-arbeitskraeftebedarf-de.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 7.1.2013)
- Preuss, Roland (2012): Spanien will die duale Ausbildung. Lehre auf die Merkel'sche Tour. Süddeutsche.de, 12. Juli. <http://www.sueddeutsche.de/karriere/spanien-will-die-duale-ausbildung-lehre-auf-die-merkel-sche-tour-1.1410497> (Zugriff: 4.1.2013)
- Seibert, Holger/Wapler, Rüdiger (2012): Zuwanderung nach Deutschland: Aus dem Ausland kommen immer mehr Akademiker. IAB-Kurzbericht, Nr. 21. <http://doku.iab.de/kurzber/2012/kb2112.pdf> (Zugriff: 4.1.2013)

Italien

- EMN - European Migration Network Italy/Ministry of Interior/Department Civil Liberties and Immigration/Central Directorate Immigration and Asylum Policy (2012): Immigrants and Refugees Legislation, Institutions and Competences. Fifth EMN Italy Report. Mai. <http://www.emnitaly.it/down/pb-20-01.pdf> (Zugriff: 4.12.2012)
- ISTAT.IT (2012a): Demografia in Cifre. Focalizza il comportamento migratorio. <http://demo.istat.it/altridati/indicatori/index.html#tabreg> (Zugriff: 19.12.2012)
- ISTAT.IT (2012b): Demographic Indicators. <http://www.istat.it/en/archive/51649> (Zugriff: 5.1.2012)
- ISTAT.IT (2012c): I cittadini non comunitari regolarmente soggiornanti. 25. Juli. <http://www.istat.it/it/archivio/67648> (Zugriff: 5.12.2012)
- ISTAT.IT (2012d): Labour Force Survey. Labour: Unemployment Rate. <http://dati.istat.it/?lang=en> (Zugriff: 7.12.2012)
- ISTAT.IT (2012e): Migrations. Abrufbar unter: <http://dati.istat.it/?lang=en> (Zugriff: 21.1.2013)
- ISTAT.IT (2012f): Occupati e disoccupati (trimestrali). 30. November. <http://www.istat.it/it/archivio/75865> (Zugriff: 5.12.2012)
- ISTAT.IT (2012g): Popolazione e famiglie: Stranieri residenti al primo gennaio. <http://www.istat.it/it/popolazione> (Zugriff: 5.12.2012)
- ISTAT.IT (2013): International and Internal Migration. <http://www.istat.it/en/archive/79389> (Zugriff: 21.1.2013)
- Johnston, Alan (2012): "Italy's Young Generation 'Forced to Leave' ", BBC News Magazine, 4. Februar. <http://www.bbc.co.uk/news/magazine-16871801> (Zugriff: 6.12.2012)
- Pastore, Ferruccio (2010): Italy. In: 'Migration and the Economic Crisis: Implications for Policy in the European Union'. IOM – International Organisation for Migration, S. 121. http://publications.iom.int/bookstore/free/Migration_and_the_Economic_Crisis.pdf (Zugriff: 5.12.2012).

- Trabant, Jürgen (2012): Die Kinder, die wir uns wünschen. Süddeutsche Zeitung, 17. November.
- Student, Dietmar (2012): Immigration: Bulletin aus Bedburg-Hau. Manager Magazin online, 19. Dezember. <http://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/0,2828,872430,00.html> (Zugriff: 4.1.2013)
- Vogel, Dita (2012): Deutschland: Wachsende Zuwanderung aus Südeuropa. Migration und Bevölkerung, März. http://www.migration-info.de/migration_und_bevoelkerung/archiv/ausgaben/ausgabe1203.htm#120301 (Zugriff: 4.1.2013)
- Wöhrle, Christoph (2012): Deutschland: Asyldebatte und Flüchtlingsproteste. Migration und Bevölkerung, Dezember. http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=121001 (Zugriff: 4.1.2013)

Weiterführende Literatur

Im April 2013 erscheint das Jahresgutachten des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), das sich ausführlich dem Phänomen der Binnenmigration in der EU widmet.

Die Autoren

Lisa Breford ist Doktorandin am Department of Politics and Public Administration an der University of Limerick, Irland. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Migrationsbewegungen im europäischen Raum, nationale und europäische Integrations- und Migrationspolitik sowie Theorien transnationaler Migration.
E-Mail: Lisa.Breford@ul.ie

Marcus Engler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Er ist zudem Redakteur beim Newsletter ›Migration und Bevölkerung‹ und Vorstandsmitglied im Netzwerk Migration in Europa e.V.
E-mail: engler@network-migration.org

Feline Engling Cardoso ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Trutz Haase Social and Economic Consultants. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Migration von und nach Südeuropa, Migrations- und Sicherheitspolitik sowie Sozialpolitik.
E-Mail: feline.engling@gmail.com

Beatriz González-Martín promoviert derzeit innerhalb eines Programms zu Migrationsforschung, Entwicklung und Sozialarbeit an der Universität von Almería (Spanien) und ist Mitglied der interdisziplinären Forschungsgruppe CEIS.
E-mail: bgm620@ual.es

Vera Hanewinkel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück.
E-Mail: vera.hanewinkel@uni-osnabrueck.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, Neuer Graben 19/21, 49069 Osnabrück, Tel.: +49 (0)541 969 4384, Fax: +49 (0)541 969 4380, E-Mail: imis@uni-osnabrueck.de

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 53113 Bonn, Dienstsitz Berlin, Friedrichstraße 50, 10117 Berlin, unter Mitwirkung des Netzwerks Migration in Europa e. V.

Redaktion: Vera Hanewinkel, Apl. Prof. Dr. Jochen Oltmer (verantw.)

Die Erstellung der Länderprofile (ISSN 1864-6220) und Kurzdossiers (ISSN 1864-5704) erfolgt in Kooperation der o.a. Partner. Der Inhalt der Länderprofile und Kurzdossiers gibt nicht unbedingt die Ansicht der Herausgeber wieder. Der Abdruck von Auszügen und Grafiken ist bei Nennung der Quelle erlaubt.

Weitere Online-Ressourcen: www.bpb.de, www.imis.uni-osnabrueck.de, www.migration-info.de, www.network-migration.org
Unsere Länderprofile und Kurzdossiers sind online verfügbar unter: www.focus-migration.de